

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 3.10, pro Woche 25 Pf. Postgebührenliste Nr. 7103.

# Volkswacht

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgepaltene Beitzelle oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.  
Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 57. Breslau, Donnerstag, den 7. März 1895. VI. Jahrgang.

## „Schreien wir, schreien wir!“

Dies Wort des Herrn Ruprecht-Stanfern, eines schlesischen „nothleidenden“ Landwirths, ist zu einem „geflügelten“ geworden, und die „armen, strohbüchlichen“ Krantjunker und ihr Anhang sind dieser Aufforderung, zu schreien, mit einem Eifer gefolgt, der den schönsten Erfolg in sichere Aussicht stellt. Die Herren im Bund der Landwirthe schreien seit geraumer Zeit unaufhörlich und mit dem Aufwande ihrer ganzen Lungenkraft von der Noth der Landwirthschaft so laut, daß man glauben sollte, es handle sich wirklich um den Untergang der gesammten deutschen Landwirthschaft, während es doch nur ein geringer Bruchtheil aller Landleute — kaum der fünfundzwanzigste Theil derselben — ist, der hier das Noth- und Wehegeschrei erhebt und selbst von diesem Bruchtheil wieder nur ein geringer Bruchtheil wirklich nothleidend ist.

Und um was schreien die Herren, was soll ihnen Rettung bringen vor angeblichem Untergange? Ach, es ist nur eine Kleinigkeit, sie wollen nur ein wenig Staatshilfe auf Kosten ihrer übrigen Mitbürger, die zu neun Zehnteln noch hundert- und tausendfach nothleidender — meist wirklich nothleidend am Nothigsten — sind, wie die armen Agrarier. Sie wollen nur höhere Prämien auf den von ihnen producirten Zucker und Branntwein, Prämien allerdings aus den Taschen des armen, wirklich nothleidenden Volkes; sie wollen durch höhere Zölle auf Fleisch, auf Wolle, Holz und andere Produkte der ausländischen Landwirthschaft; sie möchten nur die Kunstbutter, ein Nahrungsmittel der ärmsten Volksklassen durch eine hohe Steuer so vertheuern, daß ihre Naturbutter recht hoch im Preise steigt; sie wollen garnichts mehr, als daß ihnen der Staat durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen, wie sie der famose, hier schon besprochene Antrag Ranitz vorsieht, eine Verdoppelung der Getreidepreise garantiert und damit natürlich eine ganz wesentliche Vertheuerung des Brotes herbeiführt, des wichtigsten Nahrungsmittels des deutschen Volkes. Und so ganz beiläufig möchten sie noch die Handelsverträge, die das Deutsche Reich auf gesetzlicher und unantastbarer Grundlage mit einer Reihe anderer Staaten abgeschlossen hat, willkürlich brechen, widerrechtlich aufheben, unbekümmert darum, daß dadurch nicht nur der deutsche Handel und die deutsche Industrie den allerschwersten Schaden erleiden müßte, sondern sicherlich auch die gefährlichsten, zu fürchtbarsten Kriegen sich auswärtigen Ver-

wicklungen entziehen würden — und sie möchten unsere bewährten Münzverhältnisse, auf welchen Handel und Wandel basiren, von Grund aus umstürzen, in abenteuerliche Bahnen einleiten. Und Alles nur, um die Noth der Landwirthschaft zu beseitigen, d. h. um den auch jetzt noch in Glanz und Pracht und oft wahnsinniger Verschwendung lebenden Großgrundbesitzern höhere Einnahmen aus ihren landwirthschaftlichen Betrieben, bessere Preise für ihre Producte zu verschaffen. Bezahlen aber soll es das das Volk, das arme, um eine jämmerliche Existenz in bitteren Nothen ringende arbeitende Volk!

Da räsonniren und lamentiren, agitiren und organisiren, petitioniren und antichambrieren sie denn unentwegt darauf los, sie erfüllen die Luft mit ihrem Geschrei und drängen sich Hilfe fordernd überall vor, selbst bis zur höchsten Stelle im Reiche. Und der Erfolg des Schreiens? Ei die braven, dreisten und — natürlich — sehr gottesfürchtigen Herren dürfen schon zufrieden sein mit dem Erfolge ihres Schreiens, denn alles, was mächtig und einflußreich ist im Staate, neigt sich liebevoll und hilfsbereit ihren Wünschen und Forderungen, mächtige Widersacher, darunter den bisherigen höchsten Beamten des Reiches, haben sie mit ihrem Geschrei fortgetrieben und auf das Eifrigste ist man nunmehr bemüht, nach Kräften zu berathen und beschließen, wie denn nun wohl am besten das nimmerfatte Maul und die unergründliche Tasche der Agrarier zu füllen seien.

Das „Schreien wir, schreien wir“ ist also wirklich ein probates Mittel, im Deutschen Reiche sicher Forderungen durchzusetzen, mögen dieselben noch so sehr geeignet sein, die Interessen anderer Kreise und selbst des ganzen Volkes auf das Schwerste zu beeinträchtigen? Unleugbar ist das der Fall, wie uns der fabelhafte Erfolg der „armen“ Agrarier so deutlich zeigt und das sollte einen Fingerzeig geben auch für andere Nothleidende, wirklich Nothleidende, zu schreien, unausgesetzt und in gellendem Tone, bis auch ihnen geholfen ist. Ob es auch ihnen gelingen würde? Auf den Versuch müßte es ankommen.

Da sind die Angehörigen einer anderen Berufsgruppe, die der Tabakindustrie und ihrer Nebengewerbe, die eine nicht wegzuleugnende Ursache zum Mark und Bein erschütternden Nothschrei haben; millionenfach mehr Ursache, als wie sie die Landwirthschaft hat, auch wenn es ihr noch tausendmal schlechter ginge, als wie es wirklich der Fall ist. Die Tabakindustrie hat niemals

die geringste Unterstützung durch staatliche Hilfe erfahren, wie die Herren Großgrundbesitzer sie durch Getreide-, Vieh-, Holz- und andere Zölle, durch Branntweinliebhabereien und Zuckerprämien, deren Erträge sich nach vielen, vielen hundert Millionen Mark beziffern, durch lange Jahre hindurch bekommen. Die Tabakindustrie hat auch nie nach solcher Hilfe auf Kosten des ganzen Volkes verlangt, sie hat immer nur den einen bescheidenen Wunsch gehabt: Ruhe zu behalten, Ruhe vor steuerpolitischen Maßnahmen, deren Gegenstand der Tabak sein könnte, sie hat immer nur gefordert, vor rohen, verderblichen Eingriffen der Staatsfaust des Staates geschützt, sich friedlich und ruhig, ohne jedwedes Geschrei ihrerseits, entwickeln zu dürfen.

Wie aber ist dieser einfache Wunsch, diese selbstverständliche Forderung bisher erfüllt worden? Ist wohl seit sechszehn Jahren auch nur ein einziges Jahr vorüber gegangen, in welchem die Tabakindustrie nicht beunruhigt, in ihrer Entwicklung gehemmt und stets mehr oder weniger gestädigt wurde durch immer neue Steuer- und Monopolprojecte? Ist nicht das unheilvolle Wort des Fürsten Bismarck „Der Tabak muß mehr bluten!“ zu einem ständigen Alarmruf für die Tabakindustrie und ihre unglücklichen Angehörigen geworden, vor Allem für die Arbeiter derselben, die jede Steuererhöhung und jedes Steuerproject mit immer schlechteren Arbeitsbedingungen und immer größeren Perioden völliger Arbeitslosigkeit und bitterstem Elend bezahlen mußten? Haben die Herren Agrarier, die konservativen „Stützen des Staates“, die ein so lebhaftes Gefühl für ihre eigene, angebliche Nothlage besitzen, je Mitgefühl für die Leiden der bedauernswerthen Tabakarbeiter gehabt oder auch nur Rücksicht genommen auf die schweren Schäden, die durch solche Steuerpolitik auch den Fabrikanten verursacht wurden? Ist ihnen niemals eingefallen, sie haben stets und immer solchen verderblichen Plänen und Absichten der Regierungen Beifall gezollt und sind gar aus eigener Initiative mit Tabakzollerhöhungs-Vorschlägen vorgegangen!

Und jetzt soll dem gehetzten Wild der Todesstoß verfehlt werden und freudig blasen die jagdgeübten Agrarier schon das Halali! Dieselben Herren, welche nicht laut genug schreien können über die Noth des Bauernstandes, die für sich Hilfe verlangen in einem Maße, das geeignet ist, das ganze deutsche Volk wirtschaftlich zu ruiniren, sie stimmen mit Begeisterung für die thatsächliche Abschachtung der Tabakindustrie, für

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.  
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

37] [Nachdruck verboten.]

### 11. Kapitel.

André Savenay stand zum ersten Male in seinem Leben vor einer schwierigen Frage, an die er bisher noch niemals gedacht hatte: Wie sollte er es anstellen, um von seiner Arbeit zu leben? Er war erstaunt, als er fand, daß die Lösung dieser Frage große Schwierigkeiten bot. Kurzer Hand ließ er alle Berufsarten, die für ihn in Frage kamen, Revue passiren, und da mußte er sich gestehen, daß ihre Zahl nicht eben groß war. Zuerst machte ihn diese Entdeckung sehr niedergeschlagen. Wie, er, der in seinen Kreisen für einen außerordentlich befähigten jungen Mann gegolten hatte, sollte auf dem Markte der menschlichen Arbeitskraft keine Beschäftigung finden? Unmöglich, und doch machte es ihn einigermaßen unruhig. Er hatte keine Zeit zum Warten. Er mußte sofort für sich und die Seinen einen Broterwerb haben. Jetzt begriff er erst den ungeheuren Vortheil, welchen diejenigen vor andern haben, denen der Besitz eines Capitals es gestattet, sich nach Belieben ein Feld für ihre Thätigkeit auszusuchen.

Er war Advocat, aber ein Advocat ohne Praxis; ein ausgezeichnetes Geschäft, bei dem er verhungern konnte! Sollte er eine Stellung im Handel, in der

Industrie, auf der Bank annehmen? Er verstand nichts davon und verspürte auch gar keine Neigung zu diesen Berufsarten. Ganz abgesehen davon, daß er mit seinen siebenundzwanzig Jahren noch Monate daran wenden mußte, um es soweit zu bringen, daß er eine Commisstelle ausfüllen konnte, war ihm ein solcher Beruf auch zuwider. Sollte er in das große Heer der Regierungsbeamten eintreten? Aber da müßte er sich zuerst mit einer Stellung als Ueberschreiber begnügen, umsonst arbeiten in einer Zeit, in der er Geld gerade so nöthig gebrauchte, und überdies auf Jahre hinaus in dem verschämten Elend und der Abhängigkeit dieser Proletarier der Bourgeoisie verharren. Was für ihn das Suchen nach einem Erwerb noch erschwerte, war, daß er nicht daran denken durfte, Frankreich zu verlassen oder sich in der Provinz eine Stellung zu verschaffen. Frau Savenay hing an Paris mit all ihren Gewohnheiten, ihren Erinnerungen, ihren Vorurtheilen. Es war für sie mehr wie ein Vaterland, es war für sie der einzige Ort, wo sie leben konnte.

André dachte auch daran, daß er sich mancherlei Wissen angeeignet habe, daß er viel gereist sei, daß er eine gewandte Feder führe. Da kam ihm der Gedanke, sein Wissen und sein Talent in Geld umzusetzen. Er fühlte sich im Stande, einem Politiker, einem Schriftsteller, einem Gelehrten als Secretär zu dienen. Er suchte einige seiner alten Freunde auf, die ihm versprachen, sich der Sache anzunehmen und die ihn verpacken, sobald er den Rücken gewandt hätte. Er ließ Annoncen in die Zeitungen setzen, die ihm viel Geld

costeten, aber kein ernsthaftes Anerbieten einbrachten. Zu gleicher Zeit verfaßte er einige ernste und leichtere Artikel, Feuilletons und Blaubeereien und versuchte sie bei zahlenden Blättern unterzubringen. Aber die Journalisten, die ihm freundlich begegnet waren, so lange er der lebenswürdige reiche Müßiggänger war, empfingen ihn kühl, sobald sie in ihm einen Concurrenten und möglicher Weise auch einen künftigen Rivalen entdeckten. Seine Artikel? Sie waren ja „interessant“, „geschickt abgefaßt“, aber „nicht actuell genug“ oder sie hatten den Ton des Blattes nicht getroffen. Wenn er andere Arbeiten vorlegen wollte, so hieß es, es wäre unmöglich, sie dem betreffenden Redacteur zur Einsicht zu übergeben. Der, den er sprechen wollte, sei soeben ausgegangen. Oder er sei heute überhaupt noch nicht in die Redaction gekommen. In der ersten Zeit wartete André dann treuherzig auf diesen Redacteur. Er lernte die Langeweile und die Entmuthigung in den langen müßigen Stunden kennen, die er in den Wartezimmern der Redactionsbureaus verbrachte. Endlich begriff er, daß die Leute, die hier selbst an einer länglich besetzten Tafel saßen, keine Lust hatten, mit neu hinzukommenden zu theilen, daß sie die Thür vor fremden Eindringlingen sorgfältig verschlossen hielten, und daß, wer sich hier einschleichen wollte, von der List Gebrauch machen mußte. Die großen Namen waren nun erst an unzugängliche Citadellen für ihn. Einer seiner Artikel wurde in einer kleinen Revue für Kunst und Literatur aufgenommen, deren Director in der Oeffentlichkeit debütiren wollte, einige tausend



die buchstäbliche Vernichtung tausender deutscher Bürger und Steuerzahler. Und dieselben Herren, welche ihre eigensüchtigen, unedlen Bestrebungen thätlich durch ein ohrtäubendes, wüßtes Geschrei, durch eine vor gar keinem Mittel zurückbleibende demagogische Agitation zu erreichen streben, die ihren angeblichen Patriotismus, ihre vorgebliche Königstreue stracks an ten Nagel hängen, wenn die Getreibeizölle um etwas herabgesetzt sind, die, wenn ihrem habfüchtigen Streben nicht voll Genüge geschieht, sogar mit einem Abschwärzen in das socialdemokratische Lager drohen, dieselben modernen Haubritter entrüsten sich über die frivole, „gewissenlose Agitation“ der Tabakinteressenten, über „die Verhegung der Tabakarbeiter durch ihre Arbeitgeber“.

Die Regierung aber, ganz Liebe und Sorglosigkeit für die „armen Landwirthe“, donnert in gleicher Weise gegen die Angehörigen der Tabakindustrie, weil diese sich nicht gedulbig der geriaten Politik des großen Miquel zum Opfer bringen lassen wollen! Wofür denn sollen die 32 Millionen Mark neuer Steuern, die man aus dem Tabak herauszuschneiden will, verwendet werden? Ei, für hohe nationale und culturale Interessen: Für den Militarismus, für die Marine, für mehr Soldaten und neue Kriegsschiffe ist das viele Geld bestimmt — das Deutsche Reich muß und soll zu Wasser und zu Lande die erste und stolze Macht der Erde werden! Und kann es zur Erreichung eines solchen edlen Zieles wirklich darauf ankommen, ob einige tausende arbeitsloser Arbeiter und Tabakfrämer zu Grunde gehen? Mit nichts! Dolce et decorum est morte patria (Süß und ruhmvoll ist der Tod für's Vaterland) und damit sollen sich auch die Tabakarbeiter trösten, wenn sie nach Annahme der Tabaksteuer dem Hunger und dem Elend rettungslos verfallen! Was liegt daran, wenn nur die Blüthe der Nation, die Edelsten und Besten, die lieben nothleidenden Agrarier, uns erhalten bleiben und weiter in Lust und Wonne sich ihres für die Erhaltung von Gesetz und Ordnung, Religion und Sitze so wichtigen Daseins erfreuen und weiter schreien können!

Ja schreien können! Die Tabakindustrie schreit nicht um Liebesgaben und Staatshilfe, sie will nur Gerechtigkeit, gleichen Wind und gleichen Sonnenschein wie andere Erwerbsgruppen auch. Sie hat bisher nur gebeten und geklagt, als ob sie Vergünstigungen erlöse, wo sie Recht zu beanspruchen hätte. Sie soll aber nunmehr nicht mehr bitten, sie soll fordern, sie soll schreien, wie die Herren Landwirthe und gellender noch wie diese, laut und immer lauter, daß es den Macht-habern schneidend in die Ohren klingt und sie dessen inne werden, daß es doch kein leichtes und kein schönes Stück Arbeit sein mag, eine ganze, große Industrie mit vielen tausenden von Arbeitern zu Grunde zu richten. Es gilt Euer Blick und Eure Wohlthat, Ihr Tabakarbeiter und Fabrikanten und deshalb handelt unausgesetzt und rücksichtslos nach dem erprobten agrarischen Grundtag: „Schreien wir, schreien wir!“

### Politische Rundschau.

— Zur Bewegung gegen die Umsturzvorlage: bringt die „Breslauer Zig“ folgende recht bemerkenswerthe Aeußerungen:

Francs zu verzehren etc, und sich damit für das Vergnügen bezahlt, jene Worte und die einiger Freunde abzubringen und in den Himmel zu heben. Labree wurde in Anweisungen auf die zukünftigen Einkünfte des Blattes bestraft. Selbstverständlich verzichtete er von da an auf diese wenig einträgliche Mitarbeiterthätigkeit.

Er litt in dieser Zeit schwer unter seiner geringen Unerblichkeit. Das Fieber der Erregung, das Paris am Vorabend der Weltausstellung erfaßt hatte, brachte ihm seine Unfähigkeit, seiner Familie eine ausreichende Stütze sein zu können, noch schmerzlicher, noch entsetzlicher zum Bewußtsein. Wie oft trugen ihn seine Gedanken, wenn er am Abend nach Hause ging, die Krise wie zerfallene vom Treppentritten, die Hände wund von den enolosen Sägen auf dem Asphalt, das Herz bedrückt durch den gleichgültigen oder ablehnenden Bescheid, den er überall erwiderte, in die glückliche Zeit zurück, die erst vor kurzem für ihn ein Ende genommen und die noch schon so weit, weit hinter ihm zu liegen schien. Dann fragte er sich angstvoll, ob er nicht damals auch hart und kalt gegen die Leute war, die sich an ihn um Hilfe wandten, ob er immer noch Kräfte den Pflichten der weniglichen Solidarität nachgekommen war, ob er damals auch begriffen hatte, daß der Kampf ums Dasein, dieser wilde Kampf, in dem der Egoismus die Dornen hat, als notwendige Ergänzung die Vereinerung der Menschen zur gegenseitigen Hilfeleistung bedarf.

Nachträglich erzählt Labree das Mitleid mit den

immer mehr Namen ersten Ranges werden unter die Petitionen gegen die Umsturzvorlage gesetzt. Schon finden wir Anton von Werner, der bei Hofe wohlgeheißt ist, neben Johannes Trojan, dem Redacteur des „Kladderadatsch“. Es verlohnt der Mühe nicht, die Anzahl Professoren zu erwähnen, deren jeder in seinem Fach bedeutend, aber nicht in aller Welt berühmt ist wie ein Virchow, ein Mommsen. Hunderte haben bereits ihren Anschluß an die eine oder die andere Eingabe erklärt. Täglich kommen an zahlreiche Blätter und Abgeordnete Anfragen, wie man sich an Kundgebungen gegen dieses ungeliebte Gesetz betheiligen könne, wo Petitionen ausliegen, weshalb sie nicht in jedes Haus getragen werden, weshalb sie nicht an öffentlichen Stellen ausgelegt sind, damit sich Jedermann un schwer dem Protest anschließen könne. Die Bewegung ist viel stärker, als einige Geschichtswissenschaftler vorgeben wollen. Sie wächst von Tag zu Tag, und vielleicht erscheint sie heute schon der Regierung unwillkürlich. Wir wissen aber, daß eine stätliche Anzahl hervorragender Männer die Unterschrift beifolgende unter die Petition der Dichter und Künstler abgelehnt hat, weil ihnen die Fassung nicht scharf genug war. Man verlangt nach einer viel kräftigeren Sprache. Der Unwille im Volke ist weit größer, als der akademische Ton dieser Petition verräth. Insbesondere wird vielfach gefordert, daß man sich nicht auf die Zurückweisung der Vorlage selbst beschränke, sondern auch die ungeheuerlichen Vorschläge des Herrn Miquel und die demagogischen Aeußerungen, die in der Commission über Kunst und Wissenschaft gefallen sind, gebührend zurückweise. Wieder andere sehr bedeutende Männer haben die Unterzeichnung von Petitionen gegen die Umsturzvorlage abgelehnt, weil sie nicht verantworten wollten, daß ihr Name unter einem Proteste dazu beitrage, daß der Geleitenwurf überhaupt ernst genommen werde. Sie haben nicht genug Hohn für dieses Umsturzgeschrei und seine Frucht, die Umsturzvorlage. Und das sind nicht etwa Männer der Fortschrittspartei, sondern ausgezeichnete Gelehrte, die ihren Platz auf der Nation nehmen. Man würde an maßgebender Stelle höchst erstaunt sein, wenn man läse, was deutsche Dichter, Denker und Künstler im Briefwechsel über diese Umsturzvorlage geschrieben haben. Und es handelt sich hier nicht etwa um Männer der neuesten Schule, um Naturalisten und Materialisten, sondern oft genug um solche Koryphäen, die auch vom Staat und von den Fürsten mit den höchsten Ehren überhäuft worden sind. Was soll nun Angehört dieser Bewegung aus der Umsturzvorlage werden? Seit Monaten währt der Kampf, und das ist gewiß, daß aus ihm vorzugsweise die Socialdemokratie Nutzen gezogen hat. Das Ansehen der Herren Mier und Debel ist außerordentlich gestiegen, die Zahl der Socialdemokraten hat sich außerordentlich vermehrt. Eine kleine Probe in die Wahl in Schmalzladen gewesen. Wohin soll es kommen, wenn die Verhandlungen sich noch Monate lang hinziehen? Und wenn er, wenn das Gesetz wider Erwarten zu Stande kommen sollte? Dann kann man gewiß sein, daß bei der nächsten Reichstagswahl überall Hunderte und Tausende von Mitgliedern bürgerlicher Parteien ihre Stimmen socialdemokratischen Candidaten geben. Alle Mühe, den geistigen Kampf gegen die Socialdemokratie fortzuführen, wird vergeblich sein. Jeder Anlauf an das genannte Bürgerthum zum Kampf gegen die Umsturzvorlage wird Gelächter erregen, und es wird ein Sturz gegen Junker und Mier begabert werden, der der beste Nährboden für den Umsturzverfall ist. Hat man dafür noch immer in der Regierung keine Ermüdung? Verschiebt man die Augen gegen diese Thatfachen? Wenn nicht, so hoffen wir, daß ein schnelles Ende gemacht und diese unglückselige Umsturzvorlage zurückgesetzt wird.

Uns will es allerdings scheinen, als wenn man in maßgebenden Kreisen die Sache schlicht vor diesen

Unglücklichen, denen er aus Gleichgültigkeit oder Barmhertzigkeit das Almosen einer wahrlichen Beihilfe oder wenigstens das der thätigen Sympathie hatte verweigert können. Schließlich kam er zu dem Gedanken, daß sie doch eigentlich barmhertig wären, das Zeitalter und Gesellschaftsform, in der die Schicksalstrüben des Glückes bei ihrer glücklichen Mitbürgerin jene eifrige Gleichgültigkeit finden, die zu sagen scheint: Es ist nichts, ein wenig erkrankt bist du.

Während dieser bitteren Betrachtungen empfand er den Wunsch, die Familie Deschamps wiederzusehen. Dieser Wunsch war ihm auf seinem wüsten Marsch wie eine erlösende Kraft. Die kleine Magdalene umarmte ihn herzlich und schalt ihn, weil er so lange nicht gekommen wäre, und als man ihn sagte, daß er großen Schmerz gehabt habe, sagte sie nichts Besseres zu ihm, als ihn wortlos von einem Innig zu umarmen und zu küssen, dabei standen ihr große Thränen in den Augen. Johanna gab ihrem Mitleid in so zarter Weise Ausdruck, daß er seinen verletzten Stolz und sein verwundenes Herz dadurch wunderbar erholen und erfrischt fühlte.

Küß ohne geheime Bewegung bemerkte er, daß über dem klugen Antlitz des jungen Mädchens etwas wie ein Schimmer der Trübsal lag. In der That war Johanna seit einem halben Jahre ungemein häufig trübe gestimmt. Anfangs hatte sie sich darüber gewundert, daß Labree nicht mehr kam. Als Magdalene eines Tages Vater Deschamps fragte,

überwältigenden Thatfachen. Nun, mag dem sein, wie ihm wolle, die „Breslauer Zeitung“ hat vollkommen Recht darin: Wir ernten die Früchte der Umsturzvorlage und wir werden auch, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte, die Früchte eines solchen Gesetzes ernten! Es führen eben alle Wege der Reaction zum Siege der Socialdemokratie!

— Gegen die Umsturzvorlage. Von 15 Professoren aller Facultäten der Leipziger Universität, den Rector an der Spitze, und eben so vielen Leipziger Verlagsbuchhändlern ergoht eine gemeinsame Einladung zu einer Versammlung in dem neuen Buchhändlerhause für den 6. März Abends, behufs Vereinbarung einer Protesterklärung nicht sowohl gegen die „Umsturzvorlage“ in ihrer ursprünglichen Gestalt, als gegen die von der Commission gefaßten Beschlüsse, durch welche, wie es in der Einladung heißt, unter dem Einfluß der Centrumsfraction aus einer gegen den Umsturz geplanten Maßregel ein Gesetz zu werden droht, das die freimüthige Kritik von Staatseinrichtungen und gesellschaftlichen Zuständen, das die Lehr- und Redefreiheit in religiösen, philosophischen, überhaupt wissenschaftlichen Fragen einengen oder unterdrücken soll. Die „Leipziger Volkszeitung“ knüpft folgende treffende Bemerkung an diese famose Erklärung:

Wir freuen uns, daß die Herren, denen die „gesetzliche“ Verfolgung der socialdemokratischen Bestrebungen innere Zufriedenheit bereitet, nunmehr, da auch ihnen das Gebrautenwerden droht, der Temperatur des Feuers eine passende Würdigung entgegenbringen. Die „Freiheit der Wissenschaft“ ist nämlich darn bedroht, wenn die Sicherheit der Professoren und die Geschäfte der Buchhändler in Gefahr kommen.

— Die zweite Lesung der Umsturzvorlage soll vor Ostern stattfinden. Abwarten! Die Commission beräth bereits sieben Wochen, denn die erste Lesung des Gesetzes wurde am 12. Januar geschlossen. Charfreitag ist am 12. April. Cima am 4. April geht der Reichstag in die Ferien. Bisher ist wenig mehr als die Hälfte des Entwurfs in der Commission erledigt. Wie lange Zeit der Rest der Vorlage erfordert, ist nicht abzusehen. Ohne Zweifel wird es auch bei jedem folgenden Paragraphen, namentlich bei den Vorschlägen über die Beschlagnahme von Druckschriften, zu langwierigen Kämpfen kommen. Demnächst folgt noch die zweite Lesung in der Commission, bei der sich der Streit um jeden Satz wiederholen wird, da die Opposition ihre ganze Kraft einsetzen wird, um alle reactionären Aenderungen des heutigen Rechtszustandes zu verhindern. Und wenn endlich der Entwurf in zweiter Lesung festgestellt ist, so ist noch der umfangreiche schriftliche Bericht zu erstatten, eine Arbeit, die, wenn sie gewissenhaft erledigt werden soll, einige Wochen in Anspruch nimmt. Es erscheint mithin kaum möglich, daß die zweite Lesung des Gesetzes im Plenum noch vor Ostern erfolgt.

— Einen tapferen Vorkämpfer freier Gesinnung, Herrn Georg v. Sizzi, Herausgeber der „Sächsischen Kultur“ und Professor der Moralphilosophie an der Universität Berlin, der letzten Sonntag plötzlich von der Influenza weggerafft worden ist, widmet der „Vorwärts“ einige warme Worte des

warum ihr Freund sie nicht mehr besuchte, hatte er geantwortet:

„Was willst Du! Er hat zu thun. Wir werden ihn wahrscheinlich nicht so bald wiedersehen.“

Das hatte er so kurz, so sonderbar herausgestoßen, daß Johanna es nicht wagte, ihn weiter zu befragen. Indes begann sie zu ahnen, daß zwischen dem jungen Mann und dem Alten irgend etwas vorgefallen sein mußte. Ja, sie errieth sogar einen Theil der Wahrheit; das war aber ein Grund mehr für sie, zu schweigen. Wenn sie Erklärungen verlangte, so hätte sie damit zugegeben, daß sie sich für den Anwesenden mehr, als sie durfte, interessirte; und das war ein Eingeständniß, daß sie niemand machen wollte, ja, daß sich selbst zu machen sie nicht den Muth hatte. Als er immer länger fern blieb und sie auch keine Nachrichten von ihm erhielt, begann sie nachzudenken. Zweifellos hatte der Großvater Herrn Savoyan gebietet, seine Besuche einzustellen; und schließlich hatte er recht daran gethan. Wie schrecklich, wenn sie einen Mann zu lieben begonnen hätte, dessen Ideenkreis, dessen Stellung von der ihrigen so verschieden war! Welche Demüthigung für sie, wenn man sie für fähig gehalten, in einer neuen Auflage des bekannten Romans von dem armen Mädchen die Hauptrolle zu spielen, von einer ganz unmöglichen Heirath mit einem Millionär zu träumen! Sie erröthete schon bei dem bloßen Gedanken und wußte ihrem Großvater Dank für seine Vorsicht.

(Fortsetzung folgt.)



denkens. Ausgehend von den Lehren des englischen Utilitarismus (Ableitung der Sittlichkeit aus den Interessen der menschlichen Gesellschaft), entwickelte sich folgerichtig zum Socialismus, zu dem er seit einigen Jahren bekannte, wiewohl sein äußerlicher Zustand (er war gelähmt) ein öffentliches Auftreten ihm verweigerte. Aus zahlreichen an uns gerichteten Briefen und gelegentlichen Beiträgen wissen wir, sagt der „Vorwärts“, daß er mit vollster Sympathie unseren Kämpfen folgte und daß, soweit überhaupt ein Politiker war, er Socialdemokrat war. Wir waren oft anderer Meinung als er, aber stets waren wir überzeugt, daß seine Motive die lautersten, seine Absichten die besten waren. Seit dem Jahre 1878 war er, nachdem er bereits einige ethische Schriften veröffentlicht hatte, Privatdocent, seit dem Jahre 1883 außerordentlicher Professor in Berlin. Durch die Lauterkeit seiner Gesinnung und die Reinheit seines Strebens übte er einen großen Einfluß auf die Studierenden aus. Auch in weiteren Kreisen hat er durch seine ethischen Bewegung Boden verschafft; er ist einer der Gründer der Gesellschaft für ethische Cultur, in der er stets zu den schärfsten Vorkämpfern socialer Reformbestrebungen zählte. Seit etwa zwei Jahren war er vermählt mit Lily v. Gizycki, der bekannten Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung. Der Same, den er sät, wird Früchte tragen. Ehre seinem Andenken!

— Folgende Lügennachricht verbreiten „ordnungsliebende“ Blätter:

„Einige Pariser Blätter sprechen von einer zwischen deutschen und französischen Socialisten getroffenen Vereinbarung über die allgemeine Arbeiterkundgebung, die am 1. Mai stattfinden soll. Briefe und Schriftstücke von deutschen Socialisten sollen in Paris aufgefangen worden sein.“

Natürlich will man mit dieser Schauermaße nur wieder ein wenig Stimmung machen für die Umsturzvorlage. Will doch auch sonst gar nichts passieren, was man benutzen könnte, um frischen Wind in die ach so schlaffen Umsturzsegel zu bringen. Daß an der ganzen Sagengeschichte, die stark nach einem Bischof Landesverrath ausschauen möchte, kein wahres Wort ist, brauchen wir nicht erst zu versichern. Eine „Vereinbarung“ bezüglich des 1. Mai braucht nicht erst getroffen zu werden — sie besteht seit dem Juli 1889, also seit bereits sechshalb Jahren, wo der internationale Congreß zu Paris die Maifeier einstimmig beschloß.

— Den Agrariern wird geholfen. Auf Anregung namhafter Zuckerindustrieller hat das Reichsbankdirectorium beschlossen, eine Beleihung des Zuckers, der in Privatlagern der Zuckerfabriken unter Mitwirkung der Steuerbehörden lagert, zuzulassen, wenn den Organen der Verwaltung der indirecten Steuern die Mitwirkung bei der Uebertragung des Pfandbesitzes an die Reichsbank erlaubt wird. Der preussische Finanzminister hat natürlich hierzu seine Einwilligung gegeben und angeordnet, daß der fragliche Pfandbesitz sich in denselben Formen abwickeln soll, in denen die Beleihung von Spiritus in Privatlagern unter Beteiligung der Steuerbehörden beim Verichlusse, durch eine bereits im November 1887 erlassene Vorschrift des Finanzministeriums genehmigt worden ist. Lubeschaben regnet es, und Lombardiren können die Zucker auch nach Herzenslust, Herz, was begehrst du mehr?

— Zur Frage der Justizreform. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Februar erklärte der Justizminister Schönstedt, daß die Frage der bedingten Verurtheilung bei einer Hinausschiebung des Beginns der Strafmündigkeit der jugendlichen Personen in Erwägung zu ziehen sei. Wie mitgeteilt wird, sind beim Justizministerium verschiedene Vorschläge zur Bekämpfung der „Verwilderung der Jugend“ gemacht worden: 1. Festsetzung des 14. an Stelle des 12ten Lebensjahres (§ 55 des Strafgesetzbuches) für den Beginn der Strafmündigkeit, 2. Ausdehnung des preussischen Gesetzes vom 13. März 1873, wonach Kinder im Alter von 6—12 Jahren, die eine strafbare Handlung begangen haben, durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts in einer Familie oder Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden können, a) auf alle noch im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, die sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, und b) auf diejenigen Kinder bis zum 16. Lebensjahre, die, ohne daß ihnen eine strafbare Handlung nachgewiesen werden kann, der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt sind. Die socialen und wirthschaftlichen Ursachen des Verbrechertums werden durch solche Maßregeln nicht berührt. So lange die Massenarmuth herrscht, wird der Sprungquell der Criminalität nicht versiegen. Was freilich nicht ausschließt, daß die bewährte Einrichtung

der bedingten Verurtheilung auch bei uns eingeführt wird.

— Die „Weber“ und der Umsturz. Der „Vorwärts“ meldet: Endlich ist der Nachweis erbracht, daß Gerhart Hauptmann's Weber ein recht gefährliches, umstürzlerisches Stück sind. Während man aber bisher immer die Gefahr des Umsturzes von unten in den Vordergrund stellte, ist nun das erste Opfer der umstürzlerischen Tendenz der „Weber“ von „oben“ gestürzt worden. Kein geringerer als der Präsident des Ober-Verwaltungsgerichts ist zum Opfer gefallen. Herr von Köller hat ihn ob der Aufhebung des Verbotes der Aufführung der „Weber“ so angegriffen und bei einem Hoffeste hat er aus dem gleichen Grunde so wenig Freundlichkeit vom Kaiser anhören müssen, daß er sich gezwungen sah, um seinen Abschied einzukommen. Damit das Ober-Verwaltungsgericht nicht wiederum das Mißfallen des Herrn von Köller erregt, soll Graf Bernstorff, Geheimrath im Cultus-Ministerium, intimster Freund Ehren-Stöcker's und Bruder des durch seine Liaison mit einer der Sisters Barriolen aus dem Wintergarten bekannt gewordenen Grafen Bernstorff, zu seinem Nachfolger ausersehen sein.

— Behördliche Bevorzugung der Innungen in Preußen. Das in der amtlichen „Berl. Corresp.“ veröffentlichte Communiqué, durch welches die Behörden angewiesen werden, bei der Vergabung von öffentlichen Arbeiten die Innungen zu bevorzugen, verdient die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Maße. Denn es handelt sich hier um nicht mehr und nicht weniger als den Versuch, den Befähigungsnachweis, den Herr von Boetticher eben erst wieder einmal zurückgewiesen hat, auf dem Wege der Verwaltungspraxis einzuführen. Das ist die „Einheitlichkeit“ des Bismarckes! Ergötzlich bei der Sache ist, daß die Steinseker-Innung, deren Beschwerde diesen Stein ins Rollen gebracht hat, stetig an Mitgliederzahl zurückgegangen ist, obwohl sie das Privileg aus § 100e der Gewerbeordnung besitzt. Nachdem sie es erhalten, hat sie ihre Leistungen für die Fachschule um 2/3 beschränkt.

— Daß die Herrschaft der Kirche über die Volksschule immer größere Ausdehnung gewinnt, zeigt folgende Thatsache. Im preussischen Abgeordnetenhause theilte der Culusminister Dr. Bosse mit, daß vor drei Jahren nur 5766 katholische Geistliche mit der Schulaufsicht betraut waren, jetzt dagegen 7077. Der Stab der kirchlichen Schulaufsichter (deren Befreiung die Lehrer seit Jahren vergeblich erstreben), ist also allein auf katholischer Seite in den drei Jahren um 1311 oder 23 Procent vermehrt worden. Wie es scheint, soll die Volksschule ohne Sang und Klang der Kirche mit Haut und Haaren ausgeliefert werden.

Die österreichische Wahlrechtsreform geht ihren wunderbaren Gang weiter. So bedeutungsvoll sind die Verhandlungen des Subcomitees des Wahlrechtsausschusses, daß es keine Zeugen brauchen kann. Zwei jungtschechische Mitglieder des Wahlrechtsausschusses waren auf die Thätigkeit des Subcomitees neugierig und erschienen bei der Sitzung. Aber siehe da, der Obmann des Unterausschusses warf sie in parlamentarischen Formen hinaus, und auf eine Beschwerde beim Präsidium des Abgeordnetenhauses erklärte der Polizeicommissar auf dem Präsidentenstuhle, Freiherr v. Schlumetzky, das Vorgehen des Subcomitees für ganz berechtigt. Es haben also die Mitglieder des Wahlrechtsausschusses nicht das Recht, den Sitzungen ihres engeren Ausschusses beizumohnen. Freilich, die Neugierigen hätten auch nichts Besonderes gehört. Die letzte Sitzung des Subcomitees ging wieder resultatlos vor sich die Regierung hat noch immer nicht genug Statistik getrieben und die Herren vom Unterausschusse warten, bis die Regierung ihre Rechnungen fertig haben wird. — Im Plenum des Hauses findet die Beratung über die politischen Delicte des neuen Strafgesetzbuches statt. Zur Kennzeichnung die'ser Paragraphen diene folgendes Urtheil, das die polizeifromme Sönerin der Coalition, die „Neue Freie Presse“ fällt: „Das Strafgesetz, welches dem Reichsrathe vorliegt, ist das der Presse feindlichste und feindseligste Gesetz, das je erlassen worden ist. Die Tendenz fast jedes einzelnen Paragraphen des 5. Hauptstückes ist darauf berechnet, der Presse Fellen und Fußangeln zu legen; das neue Strafgesetzbuch im Verein mit den objectiven Verschren bedeutet die Eröffnung einer Aera Piekerfolgungen, wie man sie selbst in Oesterreich noch nicht erlebt hat.“ Und die liberale Partei, deren Organ dieses Blatt ist, stimmt unentwegt für jeden Buchstaben dieses Gesetzes.

— Der zwieschlächtige Charakter der jungtschechischen Partei als Partei des Besitzes und als Partei, die politisch unterdrückt wird und daher radical auftritt,

zeigt sich im Parlament wie im Landtage. Als Vertreterin der Interessen der Zuckerindustriellen erscheint sie durch ihren Antrag, die Exportvergütung zu erhöhen. Während der österreichische Staat bisher den Zuckerfabrikanten für den Metercentner ausgeführten Zuckers 1.50 bis 2.30 Gulden in die Tasche steckte, dabei aber die Gesamtsumme der Vergütungen nicht 5 Millionen Gulden im Jahre übersteigen durfte, beantragen die Jungtschechen, es seien die Fabrikanten nicht mehr zu verhalten, den Ueberschuß über die 5 Millionen dem Staate zurückzugeben. Im Jahre 1893/94 zahlte der Staat an Ausfuhrprämien 9,7 Millionen Gulden, wovon also 4,7 Millionen zurückbezahlt wurden. Für die heutige Campagne rechnet man auf 7 Millionen Metercentner Export, so daß die Prämie nunmehr verdoppelt wäre. Die jungtschechische Partei, die so gerne die Arbeiter und die kleinen Leute gewinnen möchte, wollen den Zucker vertheuern, damit einige Fabrikanten, die ihren Schnitt schon lange gemacht haben, nicht Schaden leiden. Zwei Seelen wohnen, ach, in ihrer Brust, und es liegt auch bei ihnen die capitalistische.

— Aus der Schweiz. Der Gemeinderat (Municipalrat) in Bern hat einen Entwurf für das proportionale Wahlverfahren bei den Stadtraths- (Stadtverordneten-) Wahlen ausgearbeitet, welcher in der Hauptsache folgendes bestimmt: Die Wahlvorschläge (Liste) sind der Stadtkanzlei bis spätestens Dienstags vor dem Wahltage (Sonntag) einzureichen. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Wahlen zu treffen sind und müssen eine deutliche Bezeichnung ihres Ursprungs (Partei, Verein, Versammlung, von der sie ausgehen), sowie die Unterschriften von drei stimmberechtigten Bürgern tragen; ferner sind den Listen die Erklärungen der Candidaten, daß sie eine Wahl annehmen werden, beizulegen. Kein Candidat darf für mehr als eine Liste vorgeschlagen werden. Wenn von einem Candidaten keine Erklärung über die Annahme einer allfälligen Wahl vorliegt, so wird er von der Liste gestrichen; für gestrichene Namen können bis Freitag Mittag Ergänzungen angebracht werden. Die Stadtkanzlei publicirt die eingereichten Listen am Donnerstag und am Sonnabend im amtlichen Anzeiger. Der Wähler kann sich die Namen aus allen Listen frei wählen, dagegen werden Namen, die auf keiner Liste stehen, nicht gezählt. Der Wahlausschuß hat die Stimmen jedes einzelnen Candidaten, die Stimmen jeder Liste und die Stimmen aller Listen zu ermitteln. Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen wird durch die Zahl der zu treffenden Wahlen plus 1 dividirt, das Resultat der Division heißt die „Wahlzahl“. Mit derselben wird die Stimmzahl jeder Liste dividirt und das Ergebnis bezeichnet die Zahl der Vertreter, welche auf jede Liste entfallen. Wenn von einer Liste kein Candidat eine Stimmenzahl von mindestens 15 Procent der Wahlzahl auf sich vereinigt hat, so wird dieser Liste kein Vertreter zugeschieft. Weitere Bestimmungen regeln die Vertheilung von „Resten“ auf die verschiedenen Listen, die Neubesezung der während der Amtsdauer erledigten Stellen etc. Der Entwurf wird in der nächsten Zeit von Stadtrath behandelt werden.

— Die spanische Justiz schübert eine Correspondenz des „G. C.“ aus Madrid als eine unerhörte. Die Richter handeln lediglich nach den Winken, die sie von politischen Persönlichkeiten erhalten, wofür sich ihnen diese durch Beförderung dankbar erzeigen. Unsterbliche Leute werden einfach verhaftet und so lange im Gefängnis festgehalten, wie es das Interesse ihrer Gegner erfordert. Zwischen 1887 und 1891 wurden 97,475 Personen verhaftet und im Jahre 1892 — weiter geht die Statistik nicht — 19,500 Personen, die nach längerer Haft freigelassen wurden, ohne daß man eine Anklage gegen sie erhob. In einem Städtchen der Provinz Ciudad Real ließ der Untersuchungsrichter auf Grund einer anonymen Denunciation den Arzt und den Apotheker ins Gefängnis werfen, wo sie zehn Monate verblieben, ohne daß etwas gegen sie vorlag. Ein anderer Apotheker und Arzt, Partisan der jetzt herrschenden politischen Partei, hatten dies einfache Mittel gewählt, um sich die Anwartschaft der Verhafteten zu erwerben. In Ceccuca befinden sich seit Monaten 42 Personen im Gefängnis, denen es nicht einmal gelingt, sich wegen der gegen sie erhobenen Beschuldigungen zu verantworten. Die Opposition hat nun beschlossen, ein Gesetz, das die Richter verantwortlich macht, einzubringen.

**Gegen die Tabaksteuer.**

— In Mannheim hat am 3. März eine Versammlung von Tabakinteressenten stattgefunden, welche von etwa tausend Personen aus Baden, der Pfalz, Hessen und



temberg besucht war. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute in Mannheim versammelten Vertreter des süddeutschen Tabakgewerbes aus Baden, Bayern und Württemberg, sowie aus den Reichsländern, erachten jede weitere Belastung des Tabaks als gefährlich für den Tabakbau, den Tabakhandel und die Tabakindustrie. Sie erklären insbesondere, daß das System der Mehrbesteuerung mit der gedeihlichen Fortentwicklung des Tabakgewerbes unvereinbar sei.

Aus Mühlhausen in Thüringen wird geschrieben: Sämtliche hiesigen Tabak- und Cigarrenfabrikanten wenden sich in gleichlautender Eingabe an den Magistrat und die Handelskammer, in der sie erklären, daß wenn § 1 der Tabakfabrikationssteuer durch den Reichstag angenommen werden sollte, sie ihre gesamten Fabriken schließen und sämtliche Arbeiter entlassen müßten und würden. Diese Maßregel müßten sie, im Falle der Annahme durch den Reichstag einleiten lassen, da sie dann keine Beschäftigung für ihre Arbeiter auf unabsehbare Zeit hätten; schon zur Zeit sei die Geschäfts-lage derartig, daß sie über kurz oder lang mit Arbeiterentlassungen vorgehen müßten, falls nicht schnellstens eine Ablehnung der Vorlage erfolge. Am Schluß wird bemerkt, daß die Petitionen schon jetzt Mittheilung machen, damit sie später kein Vorwurf treffe; sie bitten, geeignete Vorstellungen bei dem Reichstage zu machen.

Auch in Württemberg sind, wie der „Frankl. Zeitung“ aus Kreisen der württembergischen Tabakindustrie mitgeteilt wird, die Fabrikanten gezwungen, im Falle der Annahme der Fabrikationssteuer Vorlage Arbeiter-Entlassungen und zwar in ganz erheblichem Maße (man spricht von dem größten Theil der Arbeiter) vorzunehmen. Die Lager sind überfüllt, die Kaufkraft ist ohnehin eine geringe und würde sich bei Annahme des Gesetzes so bedeutend noch reduciren, daß eine umfassende Produktionseinschränkung unausbleiblich sein müßte. Wenn bisher Seitens der württembergischen Industrie nicht wie in Baden und anderwärts eine förmliche Agitation gegen den Entwurf eingeleitet worden ist, so beruht diese Zurückhaltung wesentlich auf der Erwägung, daß man fürchte, die Consumenten- und Arbeiter-Kreise würden durch eine solche noch mehr beunruhigt und deprimirt werden.

### Parteiangelegenheiten.

Zur Reichstags-Wahl in Köln. Eine Partei-Versammlung in Köln hielt den Genossen Dr. Pütgenau, Redacteur der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ in Dortmund, als Candidaten für den Kölner Wahlkreis auf.

Seligen wie telegraphirt möchte man, schreibt der „Vorwärts“ angeichts einer Herold-Depesche ausruhen, welche soeben die Kunde durch die capitalistische Presse Rheinlands und Westfalens gemacht hat. (Dieselbe wurde auch von Dresdener „freisinnigen“ Blättern wiedergegeben und von uns sofort energisch zurückgewiesen. R. d. B.) Es wurde dort von einem „herausragenden socialdemokratischen Agitator“ Goppert berichtet, der in Braubauerstadt bei Gelsenkirchen Frau und Kinder durch seine Brutalität in den Tod getrieben habe. Von unseren rheinisch-westfälischen Parteiblättern wird übereinstimmend berichtet, daß von einem Parteigenossen Goppert ihnen nichts bekannt sei. Der betreffende Goppert, so heißt es in einer Zuluft, die der „Rhein. Zeitung“ aus Essen zugeht, hat sich Mitte der 70er Jahre in das Vertrauen der Essener Genossen eingelassen wollen. Aber durch sein widerwärtiges Benehmen verleitete der Mensch seine Bemühungen. In Gelsenkirchen hat derselbe eine Zeit lang das Vertrauen der Bergleute (niemals der Socialdemokraten) belesen, bis er 1857 als Betrüger erkannt wurde. Er wurde damals sogar öffentlich durchgebläut, wofür einer der Theilnehmer gerichtlich bestraft wurde. Bei der Behörde mag Goppert wohl bekannt sein, denn als er sich eine Zeit lang verbotene Zeitungen, z. B. den „Zürcher Socialdemokrat“ und die „Freiheit“ kommen ließ, wanderten diese Zeitungen von Goppert direct zur Polizei. Die Gelsenkirchener Genossen haben dementsprechend dem Menschen sehr mißtraut. Ihn sonst aber gar nicht beachtet. Also Goppert ist kein Socialdemokrat, geschweige denn gar „herausragender Agitator“. Er ist ein durchaus unwürdiger, roher Surinbe, dessen Genossenschaft wir entschieden zurückweisen. Unter Gewährungsmann kennt alle Genossen des Reichs, die einmüthigen hervorzuheben, persönlich: den Goppert kennt er nicht. Ein Mann behauptet sogar: G. habe in der Auswandererbewegung von 1859 eine Rolle gespielt. Auch das ist nicht einmal wahr, wiewohl wir als Socialdemokraten mit dem Bergarbeiterstreik von 1859 nicht identisch werden können. Ein sonderbares Stück wahr ist aber auf den „Feldern des Auslandes“ von 1889, daß derselbe sich zuletzt in lobenswerter und leichter Stellung auf Jede „Bismarck“ bezieht. Alle Vergleiche, besonders die socialdemokratischen, welche irgend eine Rolle in dem großen Streit gespielt, haben bis jetzt keine Arbeit. Dieser G. aber ist der brüderliche Stiefsohn der Beamten. Das läßt tief blicken! Dementsprechend stellt sich nun das Depeschenbureau Herold, die von ihm verbreitete infame Erklärung zu widerlegen!

Brassauweiz. Zwischen den hiesigen Brannschweizern und der Sozialdemokratie ist folgendes zur Aufhebung des Bausatzes vereinbart worden:

Die Mitglieder der Sozialdemokratie werden in einer bis zum 3. März einzuberufenden Volksversammlung die Aufhebung des bestehenden Bausatzes beschließen. Die vereinbarten Brannschweizer werden innerhalb acht Tagen nach einem die Sperrung aufhebenden Beschlusse der Volks-Versammlung die noch in Brannschweiz sich aufhaltenden, im Mai 1894 entlassenen 21 arbeitslosen Brannschweizer in hiesigen Geschäften oder Fabriken oder Betrieben unterbringen.

Brannschweiz, den 3. März 1895.

Die Abmachung ist von beiden Seiten durch Unterschrift vollzogen und von einer Notar beglaubigt. Eine Volksversammlung wird nächstens über die Aufhebung beschließende Entscheidung treffen.

Wurgen. Die „Neue Wurgener Zeitung“ berichtet die auch von uns gebrachte Mittheilung, daß socialdemokratische Stadträthe und Stadtverordnete für die Ernennung Bismarcks zum Ehrenbürger gestimmt hätten. Sie stellt fest, daß dem Stadtrath nur ein, dem Stadtverordneten-Collegium nur vier Socialdemokraten angehören, die auch sämmtlich gegen jene Ernennung gestimmt haben. Außerdem gehören beiden Collegien eine Anzahl oppositioneller bürgerlicher Mitglieder an, von denen ein Theil zustimmte, ein anderer eine ablehnende Erklärung abgab, die als „Stimmenenthaltung“ gedeutet wurde. — Alle anderslautenden Mittheilungen seien völlig unwahr.

### Arbeiterbewegung.

Schönbu. Bis jetzt haben sich 800 Knopfabriker dem Streik angeschlossen. Man hatte Zuzug fern.

Gegen 200 Arbeiter, die mit Aufräumungsarbeiten am Schloßgraben in Büdurg (Fürstenthum Lippe) beschäftigt waren, legten vor einigen Tagen die Arbeit nieder. Die Aelteren von ihnen verlangten einen Lohn von 1,80 Mk. täglich; ein Theil hatte rückständige Lohnforderungen, auch klagte man über ungerechtfertigte Abzüge von Krankentassen-Beiträgen. Durch die Vermittelung des Herrn Landraths von Hinüber wurde noch an demselben Tage der Streik wieder beigelegt, und zwar zu Gunsten der Arbeiter. Nach der Ansicht des Herrn Landraths sind es natürlich „auswärtige Agitatoren“ gewesen, die den Geist der Rebellion unter die Schaumburg-Lippeschen Landeslinder gesät hatten, denn er warnte die Arbeiter, sich von denselben aufheben zu lassen; er forderte sie auf, sobald sie Beschwerdegrund zu haben meinten, sich an ihn oder eine andere geeignete Persönlichkeit zu wenden. Ihr Recht werde ihnen stets werden. Wer's glaubt!

Die Schmiede und Stelmacher Zürichs beschloßen in einer Versammlung, an den Forderungen des letzten Jahres: zehnstündige Arbeitszeit, 40 Centimes Minimallohn pro Stunde und Freiheit in Bezug auf Kost und Logis, festzuhalten und auch dieses Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten.

Der Streik der Schneider in Pilsen (Werkstätte May) ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Nun sind aber die Schneider der Firma Daucher ausständig.

Der Streik bei der Firma Koch in Zürich ist nach mehrwöchentlicher Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Sämtliche noch Ausständig (16) mit Einfluß der Gemahrgesellen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Erwähnenswert ist, daß keiner der Streikenden abtrünnig geworden ist.

Die Streikarbeiter der Firma Linjer in Innsbruck, 24 an der Zahl, wurden am 1. März ausgepeert. Die Ursache dieser Maßregel war: Die Gehilfen gingen am 23. Februar Abends um 6 Uhr anstatt wie bisher um 7 Uhr nach Hause, weil sie mit Rücksicht auf die minimalen Löhne nicht gewillt waren, noch länger 13 resp. 12 Stunden pro Tag zu hohlenen. Deshalb fanden sie früh die Werkstätte gesperrt und erhielten ihre Arbeitsbücher. Um den Ausgeherrnen zu ihrem Rechte zu verhelfen, ist der Zuzug von Steinmetzen nach Innsbruck abzuwarten.

Die Münchener Bäder — so läßt sich die „Volks-Ztg.“ von dort melden, haben beschlossen, sich dem „geplanten deutschen Generalstreik“ (was, von wem geplant? Red. d. B.) nicht anzuschließen und zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Probender Grubenarbeiter-Streik in England. Die Kohlengruben-Besitzer von Süd-Wales haben ihren 100,000 Arbeitern gekündigt. Die Kündigung tritt nach einem Monat in Kraft. Es ist dies geschehen, damit die Arbeitgeber sich von der gleichenden Lohnsteigerung trennen können. Die Arbeiter müßten für eine Erhöhung von 1 1/2 Proc. allein die Grubenbesitzer leisten diese Forderung ab.

### Fremdliches.

Friedrich Douglas gestorben. Am Abend des 21. Februar starb in Washington an einer Herzkrankheit Friedrich Douglas, der berühmte Negerskizler. Er ist neunundsechzig Jahre alt geworden. Bei Geburt im Staate Maryland als Sohn einer Negerin und eines Weissen geboren, war er viele Jahre hindurch Sklave auf einer Pflanzung des Obersten Edward Lloyd, der ihm gestattete sich während seiner wenigen Pausen keine Auktoritätsdienste zu verschaffen. Am 3. September 1838 erkaufte Douglas aus Schismare und wurde frei, er begab sich nach New-York, nahm dann in Massachusetts ein Weib und war zwei oder drei Jahre als Berathgeber tätig. Es ist er nur Zeit kurz, als und indies er. Im Sommer 1841 wohnte er der großen Antislavery-Versammlung in Rochester bei und hielt eine Rede, die einen so großen Eindruck machte, daß ihm die Vertretung der Antislavery-Gesellschaft in Rochester angetragen wurde. Er begann nun in New-England Vorlesungen zu halten, in denen er wärm für die Erlösung der Sklaven in Amerika eintrat. 1845 hielt er Vorlesungen in England, Schottland und Irland und gewann überall Anhänger, welche die Forderung der Abschaffung der Sklaverei, welche die Forderung der Gleichberechtigung vernehten. Nach Amerika zurückgekehrt, gründete er ein Blatt, den „Freeman“, und als 1841 der Bürgerkrieg ausbrach, rief er den Freikommenen Anwalt, auch junge Frauen einzustellen und die Sklaverei zu widerlegen. Er selbst warb zwei Regimenter an. Nach der Abschaffung der Sklaverei widmete er sein Wort weiter und 1879 wurde er Director der „New national Union“ in Washington, die er später seinen beiden Söhnen anvertraute. 1876 besuchte er England zum zweiten Male und wurde mit unendlichem Jubel empfangen. Er wurde dem ihm so sympathischen Englandem von den hochachtbaren Antislavery-Gesellschaften die höchste Ehre in Amerika gemacht. In seine Heimath zurückgekehrt, wurde er von allen Publicisten um New York, so oft Angelegenheiten in Frage kamen, welche die Freiheit in Amerika betrafen. Vor sechs Jahren wurde er zum Schlichter der Vereinigten Staaten bei der Reichstags-Politik ernannt. Er starb plötzlich, indem er an der Schwelle seiner Wohnung in Washington zu Boden sank, gerade als er einer Versammlung der Antislavery-Frauen beizutreten.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

53. Sitzung vom 6. März, 1 Uhr.  
Die am vorigen Mittwoch nicht beendete Berathung des Antrages der Conservativen (Abgg. v. Hammerstein u. Gen.) auf Vorlegung eines Gesetzes, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenze des Reichs untersagt wird, wird fortgesetzt, in Verbindung mit 1. dem Antrage der Reformpartei (Abgg. Liebermann von Sonnenberg u. Gen.) über die Einwanderung ausländischer Juden unter Strafe gestellt sehen will und 2. dem Antrage Abgg. Dr. Hasse (natl.) und Graf Arnim (Reichsp.), betreffend den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit, und bezw. Erleichterung des Verlustes derselben durch Aufenthalt im Auslande und Erleichterung der Naturalisation von Fremden im deutschen Reich.

Abg. Dr. Hasse (natl.): Gleich meinen Freunden bin ich Gegner des Antisemitismus, soweit er sich auf religiöse und wirtschaftliche Momente stützt und von der Gesetzgebung unmögliches verlangt. Dagegen bedauere ich es, daß uns viel später als alle anderen Länder zu einer berechtigten Wahrung des nationalen Interesses infolgedessen entschlossen haben, daß den Ausländern die Naturalisation zu leicht gemacht wurde. Deshalb finden sich bei uns außerordentlich viel naturalisirte Ausländer, während den Deutschen die Naturalisation im Auslande erheblich erschwert wird. Daran erklärt sich zur Genüge, daß uns eine Reihe von Petitionen gegangen sind, die eine große Zahl von Unterschriften tragen. Die Petenten fordern, daß die Naturalisation an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft und daß so wenig wie möglich naturalisirt werde. Vor Allem soll die Entscheidung darüber einer Reichs-Centralbehörde zugewiesen werden. Bei Local- und Provinzialbehörden ist das discretionaryäre Ermessen nicht immer so angemessen worden, wie es hätte angewandt werden sollen; viele Ausländer sind schon in der ersten Generation naturalisirt worden. Den Deutschen im Auslande wird dagegen die Naturalisation bedeutend erschwert, deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, daß sie ihre Reichs- oder Staatsangehörigkeit nicht so leicht verlieren. In Rußland leben z. B. heute Tausende von Deutschen, die nach zehnjähriger Abwesenheit von ihrer Heimath die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne daß es ihnen gelungen ist, die russische zu erwerben. Im Interesse der Deutschen im Auslande sollte man sogar so weit gehen, daß die deutsche Staatsangehörigkeit durch die Erwerbung einer fremden nicht verloren geht. Und die Entscheidung über alle diese Fragen könnte man vielleicht dem Bundesamt für das Heimathwesen übertragen. Eine geeignete Behörde ist mir vor der Hand nicht bekannt. Jedenfalls handelt es sich hier um eine schwerwiegende nationale Frage.

Abg. Mikert (freis. Vereinig.): Ich erkenne an, daß der Antrag Hasse eine gewisse Berechtigung hat, man soll aber nicht immerfort nach neuen Gesetzen rufen. Die Gesetzgebungs-Maschine ist in den letzten Jahren schon viel zu sehr forciert worden. (Sehr richtig, links.) Der Antrag Hammerstein scheint mir dagegen der Anfang einer energischeren antijewischen Agitation sein zu sollen. Im Bunde der Landwirthe hat man das ja unverhohlen einmüthig gestanden. Die Agitation verfolgt kein anderes Ziel, als die Aufhebung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Juden. (Abg. v. Bloch: Das wäre kein Schaden!) Sie gestehen also offen ein, Herr v. Bloch, daß das Ihr Ziel ist. Aber die Herren vergehen dabei, daß durch die Annahme ihres Antrages Verträge mit fremden Staaten verlegt werden. Dies wäre z. B. zweifellos der Fall bei dem Niederlassungsvertrag mit der Schweiz. Gleiche Verträge haben wir aber mit Oesterreich, Italien und mit einer Reihe anderer Staaten. Es liegt aber auch gar kein Anlaß zu einem solchen Gesetze vor, denn jede mißliebige Person kann ja die Behörde heute schon ausweisen, und wenn die Antragsteller lediglich die Einwanderung russischer Juden verhindern wollen, so vergessen sie, daß die Zahl derselben in den östlichen Provinzen heute schon erheblich abgenommen hat. Aus Rußland eingewanderten Juden, die Jahre lang in Deutschland gelebt hatten, ist wiederholt von Seiten des preussischen Ministers des Innern die Naturalisation verweigert worden. Es ist auch niemals ein Antrag oberflächlicher begründet worden, als der Antrag Hammerstein. Was für ihn vorgebracht worden ist, waren die bekannten antisemitischen Reden, die man sonst in gewissen Versammlungen für ein Entree von 50 Pf. zu hören gewöhnt ist. Ich gehe auf diese Geschichten gar nicht ein. Ich will nur den Beweis liefern, daß gar kein Grund für den Antrag vorliegt. Zunächst hat die Zahl der Juden in Deutschland nicht zu-, sondern abgenommen. Es sind erheblich mehr Juden aus- als eingewandert. Diese Thatsache ist vom preussischen Statistischen Bureau als richtig anerkannt worden. Die Zahl der in den letzten dreißig Jahren aus dem Auslande eingewanderten und naturalisirten Juden ist eine verschwindend geringe. Der Antrag Liebermann ist uns ganz unannehmbar. Wenn vor mehr als 200 Jahren der große Kurfürst die aus Wien vertriebenen Juden nach Berlin einließ, so würde es sich doch schon überaus machen, wenn wir am Ende des 19. Jahrhunderts die Einwanderung ausländischer Juden unter Strafe stellen wollten. Ich habe das Vertrauen zu der deutschen Volksvertretung, daß sie diesen Antrag s. linnie abweisen wird. (Beifall links.)

Staatssecretär Dr. v. Boetticher: Ich will nicht auf die Anträge eingehen, da ich noch keine Gelegenheit gehabt habe, die Stellung des Bundesraths zu denselben zu sondiren. Mit meiner persönlichen Meinung will ich Sie aber nicht beunruhigen. (Weiteren Reichstag siehe Beilage.)

Verantwortlicher Redacteur: E. Reutich; — Redaction: Neue Graupenstr. 56; — für den Inzeratenthail: E. Zahn; — Expedition: Neue Graupenstr. 56; — Verlag von E. Schatz & Co.; — Druck von Th. Schatz; — sämmtlich in Breslau.



(Fortsetzung von Seite 4.)

hellen. Ich will nur auf die Frage eingehen, inwieweit die Anträge mit Verträgen im Widerspruch stehen. Ohne Zweifel hat jeder Staat das Recht, einen Ausländer auszuweisen. Die Verträge stipulieren in der Regel nur, daß die Angehörigen beider vertragschließenden Staaten gleich behandelt werden sollen. Es ist daher nicht mit den Verträgen vereinbar, grundsätzlich gewisse Klassen von Gewerbetreibenden auszuschließen. Gestattet ist uns aber zweifellos, auf Grund der bestehenden Polizei- u. Gesetze einzelne Personen, ob Juden, ob Christen, auszuweisen. Fälle von verweigerter Naturalisation nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland möchte ich den Vorredner bitten, bei den zuständigen Ressortchefs näher zu begründen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Der Antrag Dasse steht nur in losem Zusammenhange mit den beiden anderen. Was zu seiner Begründung vorgebracht worden ist, reicht auch nicht aus, um uns zu bestimmen, die Regierung zur Vorlegung eines bezüglichen Gesetzes zu bestimmen. Die beiden anderen Anträge widersprechen zweifellos den bestehenden Handelsverträgen. Der Staatssecretär v. Bötticher hat selbst zugegeben, daß allgemeine Einwanderungsverbote die Verträge verletzen. Die Anträge verstoßen aber auch gegen das bayerische Reservatrecht bezüglich des Heimathes und Niederlassungswesens, in das die Reichsgesetzgebung mit ihrer Annahme ungesetzlich eingreifen würde. Eine Erweiterung der Reichscompetenz wollen wir aber hier ebensowenig, wie Mecklenburg gegenüber. Wir wollen eben niemandem gegenüber den Boden des Ausnahmegesetzes betreten, auch nicht einem bestimmten Bekenntnis oder — wie man sich geschmacklos auszudrücken beliebt — einer Race gegenüber. Wir verstehen nicht, daß viele unserer jüdischen Mitbürger nicht so handeln, wie sie handeln sollten. Aber einmal freveln sie nicht allein, sondern auch Angehörige anderer Glaubensrichtungen, und dann dürfen wir nicht vergessen, daß die Juden durch eine jahrhundertlange unwürdige Behandlung gezwungen worden sind, sich Thätigkeiten zuzuwenden, wie sie sie vornehmlich ausüben. Wir können es auch nicht vergessen, daß wir selbst unter Ausnahmegesetzen gelitten haben und noch leiden. Wir werden auch die Befürchtung nicht los, daß man den Hintergedanken hat: Sind wir die Juden erst los, die Katholiken folgen nach! (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Dr. Herms (freis. Volksp.): Abg. Richter hat schon darauf hingewiesen, daß die Zahl der Juden in Deutschland im Abnehmen begriffen ist. Aber auch die Erzählung von der angeblichen Massenwanderung russischer Juden ist nichts als eine Fabel. Die Anträge sind also nicht nötig, aber sie sind auch absolut unburchführbar, denn die bestehenden Verträge würden dadurch verletzt und andere Staaten zu Repressalien veranlaßt werden. Was Herr Jacobstötter am vorigen Mittwoch zur Begründung des conservativen Antrages vorgebracht hat, waren die bekannten antisemitischen Redensarten. Es ist eine Sünde, und Schande, daß die Rednertribüne zu solchen Mißbraucht wird. (Präs. v. Lebedew bemerkt, er müsse diese Wendung, auf ein Mitglied des Hauses angewandt, für unzulässig erklären.) Die Conservativen benutzen auch den Antisemitismus nur als ein Agitationsmittel um bei den Massen mehr Erfolg zu haben. Dem wirklichen Antisemitismus könne es ein Jude nie recht machen; er könne sich taufen lassen, könne Handwerker oder Landwirth werden, er bleibe Jude, und ihm gegenüber giebt's nur ein Rezept, er muß verdrängt werden. Wo die Juden sich niedergelassen haben, ist überall der Wohlstand gestiegen, vor allem auch in Sachsen. (Sachen rechts.) Wir in Berlin freuen uns, daß wir eine erhebliche Zahl Juden unter uns haben (Sachen rechts), vor der Verjudung fürchten wir uns nicht. (Auf rechts: Berlin ist ja schon verjudet!) Die Anträge entsprechen aber ferner nicht den Grundfäden der christlichen Liebe. (Widerspruch rechts.) Die Conservativen betrachten die Juden nicht als ihre Nächsten, sie machen höchstens einer Jüdin gegenüber einmal eine Ausnahme. (Heiterkeit!) heitathen sie auch wohl. (Auf rechts: Jetzt nicht mehr!) Das wollen wir abwarten. Die Conservativen verzeihen aber ferner, daß der Stifter ihrer christlichen Religion ein Jude war. (Auf rechts: Psui!) Man sagt nun, man müsse die Juden als Ausländer betrachten. Als Deutscher muß aber doch mindestens jeder gelten, der in Deutschland geboren ist, und an Patriotismus haben die Juden noch nie den Deutschen nachgegeben. Ich bitte Sie, die Anträge „limine abzulehnen.“

Abg. Febr. v. Lauger (conf.): Abgeordneter Vogtherr, ein Gegner unseres Antrages, hat selbst zugegeben, wir müßten bei der Zulassung von Ausländern das Menschenmaterial ansehen. Nun, das bezweckt gerade unser Antrag. Ich kenne die russischen Juden genau. Sie kommen als Hosen verkaufende Jünglinge zu uns, erwerben sich ein Vermögen und ziehen dann weiter. Gegen solche Elemente müssen wir uns wehren. Denn, wenn wir warten wollten, bis die Juden Deutsche werden, so könnten wir vielleicht erleben, daß eher Deutschland ganz verjudet ist. Wenn der große Kurfürst einst die Juden zugelassen, so ist das sicher nur geschehen, weil er nach den Kriegen viel Geld brauchte. (Heiterkeit.) Man hat von der Arbeitsamkeit der Juden gesprochen. Unter den landwirtschaftlichen Arbeitern sind aber jedenfalls die Juden noch seltener, als die Germanen an der Berliner Börse. Der Abgeordnete Baasche hat den Collegen wegen seines Dialects verspottelt. Das halte ich für nicht angemessen. Wir sollten uns freuen, wenn hier alle Dialecte vertreten wären, nur das Mauscheln nicht. (Heiterkeit.) Im Uebrigen will er weder als Antisemit, noch als Philo Semit gelten. Was ist das? Jedenfalls nicht Heiß, nicht Fisch. Ist es vielleicht nationalliberal? (Heiterkeit.) Herr Richter gebe ich darin Recht, daß wir uns vor den Juden nicht zu fürchten brauchen. Aber nur deshalb, weil wir die Deutschen ausgerüttelt haben. Mit den Handelsverträgen stehen die Anträge nicht im Widerspruch. Sie wollen auch kein Ausnahmegesetz fordern, denn sie richten sich ja nicht gegen Inländer, sondern nur gegen Ausländer. Wir

wollen gegen Alles zu Felde ziehen, was undeutsch ist. Ueber das Christenthum sollte uns am wenigsten Abgeordneter Herms Vorhaltungen machen, der sich selbst als Dissident bezeichnet. Daß wir uns nach der Einwanderung weiterer jüdischer Elemente nicht sehnen, ist doch nach der Criminalstatistik sehr erklärlich. Bei den Delicten, die der jüdischen Volkstatur entsprechen, ist die Zahl der Verurtheilungen unter den Juden erheblich höher, als unter den Christen. Die Juden bilden einen Staat im Staate, sie sind also dem Staat feindlich, deshalb wollen wir keine weiteren Juden im Lande haben. Ich bitte Sie, diesen unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis. Volksp.) beantragt, über den Antrag Liebermann v. Sonnenberg zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Abg. Richter (freis. Volksp.) empfiehlt diesen Antrag, der das einzige Mittel sei zu verhindern, daß der Reichstag noch mehrere Tage mit dieser nutzlosen Debatte aufgehalten werde. Solche Debatten trügen nur dazu bei, die Würde des Reichstages zu schädigen. Ein Ton, wie er in den antisemitischen Debatten hervorgetreten sei, sei früher nie möglich gewesen.

Abg. Foerster (Reformp.) bittet den Antrag Schmidt aus Rücksicht auf die Antragsteller und die Wähler, die hinter denselben ständen, abzulehnen. Es müßte seinen Freunden Gelegenheit gegeben werden, auf die Ausführungen zu antworten, der in der allgewöhnlichsten und beschimpfendsten Weise gegen sie vorgebracht worden seien. (Präsident v. Lebedew bezeichnet diese Ausdrücke als unstatthaft.) Die Annahme des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung würde eine Vergewaltigung der Antisemiten sein.

Der Antrag Schmidt wird gegen die Stimmen der Conservativen, Antisemiten, Socialdemokraten und eines Theils des Centrums angenommen, ein Antrag auf Schluß der Debatte über den Antrag Hammerstein abgelehnt. Zu letzterem erhält sodann das Wort

Abg. Alwardt (Antisemit), der den Vorwurf zurückweist, daß die Anträge sich gegen die inländischen Juden richteten. Man wolle nur nicht mehr, nicht um der Religion willen, sondern weil sie eine Race bildeten, mit der ein gemeinsames Zusammenleben im Staat nicht möglich sei. Die Germanen seien groß geworden durch die Cultur der Arbeit, die Juden wollten immer nur von der Arbeit Anderer leben, deshalb gingen sie auch immer dahin, wo etwas zu haben ist, nach den wohlhabenden Gegenden, die sie dann ausraubten. Die Juden seien in der That Raubthiere (Heiterkeit), denn sie lebten wie diese vom Raube. Deshalb sei es durchaus gerechtfertigt, daß man ihnen nicht die gleiche Stellung einräume, wie den anderen Staatsbürgern. Sie gehörten nicht zu den productivthätigen Mitgliedern des Staates, sie seien eher parasitisch zu nennen. Der Deutsche fürchte den Juden nicht, wenn es einen ehrlichen Kampf mit ehrlichen Waffen gelte, aber er fürchte schon einen einzigen Cholera bacillus. (Heiterkeit.) Wenn hier eine einzige jüdische Firma ein Vermögen von 300 Millionen besäße, wo käme ein solches Vermögen her? Es sei erworben auf eine Art, für die nur das deutsche Recht die richtige Bezeichnung habe. Tausende von Deutschen seien gewiß darüber zu Grunde gegangen. Die Culturmission, die die Juden nach Herrn Richter im Osten ausübten, habe er erst in diesen Tagen selbst kennen gelernt. Sie hätten alle Geschäfte in der Hand und drückten die Preise so, daß die Bauern nicht mehr leben könnten. Sollte man darüber nicht empört sein? Die Verfechter des Antisemitismus hätten meist die Juden am eigenen Leibe kennen gelernt: sie wüßten, wie es thue, wenn einem das Fell über die Ohren gezogen werde. Unsere Nächsten im Sinne des Christenthums seien doch die Ausgeborenen und Armen; hätten wir diesen so weit geholfen, daß die Juden ihnen nichts mehr anhaben können, und diese sind selbst in Noth, dann können auch sie wohl darankommen. (Heiterkeit.) Wenn Abg. Lieber sage, die Juden seien erst durch die schlechte Behandlung schlecht geworden, so frage ich ihn, ob denn die alten Juden besser gewesen seien. In Egypten hätten sie nicht arbeiten wollen, und als man sie dazu nöthigen wollte, seien sie ausgewandert und hätten Gold und Silber mitgenommen. (Heiterkeit.) Er sei auch ein Gegner von Ausnahmegesetzen, aber gegen Parasiten sei nicht anders anzukommen. Der jüdische Geschmack habe sich überall breit gemacht. In den Ausstellungen, im Theater, überall begegne uns die Judenthümlichkeit. Schauspielerinnen kämen überhaupt nicht mehr auf, wenn sie nicht auch körperlich dem jüdischen Geschmack entsprächen. Es sei also besonders unglücklich von Herrn Herms gewesen, daß er sich auf den Kunstsinne der Juden berufen habe. Entschieden zurückweisen müsse er es aber, daß der Antisemitismus unrichtig sei. Ein Pferd, das im Kuchthal geboren sei, sei noch lange keine Kuh. Ein in Deutschland geborener Jude sei noch lange kein Deutscher. Er bitte den Antrag Hammerstein anzunehmen.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung) weist darauf hin, daß der Vorredner von Leuten, die nicht anwesend seien, in Ausdrücken wie Raubthier, Parasiten, Bacillen, Gefindel u. s. w. gesprochen habe, während der Präsident noch gestern es für unzulässig erklärt habe. Abweisende zu beschimpfen.

Präsident von Lebedew: Herr Abgeordneter Richter, Sie haben kein Recht, meine Amtsführung zu kritisieren. (Stürmischer Beifall und Handklatschen rechts.)

Abg. Richter: Habe ich nicht das formale Recht, so doch das sittliche Recht. (Beifall links.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Nach kurzen Schlussworten der Abgg. Freiberger von Mantuffel und Graf Arnim wird der Antrag Dasse gegen die Stimmen der Conservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Hammerstein ist eine namentliche und ergiebt die Ablehnung desselben mit 167 gegen 51 Stimmen.

Für den Antrag stimmen die Conservativen und die Antisemiten, sowie einige bayerische Bauernbündler. Bei der Abstimmung fehlten u. a. die Abgeordneten Alwardt, Dr. Boeckel und Liebermann von Sonnenberg.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Militär-etat).

Schluß 6 1/2 Uhr.

In der Reichstagscommission für die „Umsturzvorlage“ wurde heute die Verathung des § 130 fortgesetzt. (Androhung von Geldstrafe bis zu sechs-hundert Mark oder von Gefängnis bis zu zwei Jahren für Angriffe gegen die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum.)

Dazu liegen die Anträge des Abg. Graf Roon (Ausdehnung der Strafandrohung auf Angriffe gegen Christenthum und Eid) und des Abg. Dr. Rintelen (Schutz gegen Angriffe auf Gott oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele) vor.

Abg. Graf v. Roon hat heute seinen früheren Antrag in folgender Weise modificirt.

Er schlägt vor, dem Absatz 2 des § 130 folgende Fassung zu geben: „Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie, die Institute der Ehe; der Familie oder des Eigenthums durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.“

Ferner beantragen die Abg. Graf Roon und Genossen, dem § 166 des Strafgesetzbuchs folgende neue Fassung zu geben:

„Wer öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen den Glauben an Gott oder das Christenthum angreift oder Gott lästert, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche oder die Heiligkeit des Eides beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

Abg. v. Roon bemerkt gegenüber einer früheren Behauptung des Abg. Bebel, es sei juristisch genommen, leider wahr, daß ein christlicher Staat nicht existire. Das sei die Folge davon, daß man das Judenthum gleichberechtigt gemacht habe: dieses Unrecht müsse wieder ausgeglichen werden. Der Staat habe sich aufgebaut auf dem Christenthum, seiner Cultur und Sitze, ein nichtchristliches Element dürfe nicht die gleichen Rechte haben, wie das Christenthum.

Abg. v. Buchta (conf.) begründet den reformulirten Antrag Roon, auf dessen Basis er eine Verständigung in der Commission erhofft. Die Monarchie sei in dem Antrage deswegen nicht als Institution aufgeführt, weil das überflüssig erscheine. Hingegen sei vor den Worten „Familie, Ehe und Eigenthum“ die Charakterisirung als Institution dringend geboten. Die von Koryphäen der sogenannten Wissenschaft gegen die Vorlage eingeleitete Agitation, die Behauptung, daß „Dunkelmänner das Mittelalter wieder herbeiführen wollen“, lasse ihn kalt; er folge lediglich seinem evangelischen Gewissen. Die Grundlage des Antrages sei eine gesunde, er bitte wenigstens um die principielle Zustimmung zu denselben.

Von den Abgg. Brodmann (Centr.) und Genossen wird für den Fall der Ablehnung des Antrages Rintelen beantragt, den Antrag Roon dahin zu ändern, daß im § 166 nach dem Worte „öffentlich“, noch „oder vor mehreren“ und nach dem Worte „Religionsgesellschaft“ noch die Worte „ihre Lehren“ eingeschaltet werden.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) beantragt, in dem Antrage Roon nach „Christenthum“ die Worte „oder das Judenthum“ einzufügen. Er führt zur Begründung aus, daß die Beschimpfungen des Christenthums von denen, welche gegen das Judenthum sich richten, weit überboten werden. Die antisemitische Hejagitation habe thatächlich schon den öffentlichen Frieden gestört und, wie z. B. in Kanten, zu Gewaltthaten geführt. Für das Centrum müsse der Antrag Roon unannehmbar sein, wenn es unter dem Gesichtspunkte ausgleichender Gerechtigkeit auch den Juden Schutz gewähren wolle. Der Antrag Rintelen wolle die hauptsächlich gefährliche sogenannte Legende, d. h. wissenschaftliche Kritik treffen, was mit dem Antrage Roon ebensowenig erreicht werde. Bezüglich der Heiligkeit des Eides verweist Redner darauf, daß selbst religiöse Leute, wie die Quäker den Eid überhaupt perhorresciren, weil sie ihn als im Widerspruch mit dem Wesen der Gottheit erachten.

Abg. Spahn (Str.) erklärt, das Centrum werde zunächst am Antrage Rintelen festhalten und an der Ueberzeugung, daß der Verbreitung des Unglaubens von oben entgegengetreten werden müsse. Die Ausnahme des Wortes „Christenthum“ in das Gesetz hält er für überflüssig; das Christenthum sei durch den der christlichen Kirche gewährten gesetzlichen Schutz genügend geschützt. Die Frage der Heiligkeit des Eides sei nur von untergeordneter Bedeutung. Wer consequent im Gedanken der Regierungsvorlage vorgehen wolle, müsse das Hauptgewicht auf den Schutz der Staatsordnung legen, doch habe er gegen besondere Kamhaftmachung der Monarchie nichts einzuwenden.

Staatssecretär Lieberdingt verwahrt sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Wenn die verbündeten Regierungen Vorschläge zum Schutze der erwähnten Institutionen machen, so habe der Reichstag keine Veranlassung, über die in der Vorlage geforderten Strafvorschriften noch hinaus zu gehen. Die gefährlichsten Angriffe seien diejenigen, welche gegen die Monarchie sich richten. Angriffe auf die anderen Institutionen seien minder gefährlich. Mit Genugthuung erfülle ihn die Wahrnehmung, daß der Antrag Roon eine Annäherung zwischen den Conservativen und dem Centrum ermögliche. Die Regierung sei überzeugt, daß ohne eine Verständigung zwischen diesen beiden Parteien nichts erreicht werden könne; sie hoffe, daß eine solche zu Stande



komme und die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden. Gegen die Aufnahme des Wortes „Institute“ habe die Regierung kein Bedenken; seine persönliche Meinung dahin gehe, daß die Worte „der Glaube an Gott“ eine Verbesserung des Gesetzes enthielten, denn unter dem Begriff „Religion“ könne man doch füglich nichts anderes verstehen, als den Glauben an Gott. Wollte der Reichstag auch noch die Heiligkeit des Eides besonders schützen, so werde die Regierung auch dagegen keinen Einwand erheben. Was den Schutz der Religionsgesellschaften anlangt, so seien diese im § 166 des Strafgesetzes genügend ausgesprochen.

Abg. Dr. Ennecerus (natl.) findet in dem Antrage Roon eine Verbesserung der Regierungsvorlage insofern, als darin die Familie, die Ehe, das Eigenthum ausdrücklich als Institute bezeichnet werden. In Wirklichkeit wolle ja auch die Regierungsvorlage alles dies als Institution geschützt wissen. Die Frage der Heiligkeit des Eides halte auch er für praktisch nebensächlich, da nach seiner Erfahrung beschimpfende Angriffe auf den Eid kaum vorkommen dürften; doch habe er gegen die Aufnahme einer diesbezüglichen Bestimmung nichts Wesentliches einzumenden. Die Conserativen müsse er bitten, auf die Aufnahme des Wortes „Christenthum“ zu verzichten; in Verbindung mit dem „Gottesglauben“ sei jede weitere Bezeichnung nicht nur überflüssig, sondern auch bedenklich, da sie mindestens zu tendenziösen Begriffen gegen das Gesetz Anlaß geben könne, was doch leicht zu vermeiden wäre. Wenn man voraussetze, daß jede Beschimpfung des Gottesglaubens eine Beschimpfung des Christenthums involvire, so bedürfe es der Aufnahme des Wortes „Christenthum“ in den § 130 sicherlich nicht. Die jetzt bekannt gewordenen Proteste von Professoren und Schriftstellern gegen das Gesetz seien sehr maßvoll gehalten; es werde darin anerkannt, daß die Regierung eine Beschränkung der Wissenschaft nicht beabsichtige. Aber auch er könne sich der in diesen Protesten ausgesprochenen Befürchtung nicht entschlagen, daß eine Beschränkung eintreten könne, besonders wo sich um historische Kritiken und künstlerische Leistungen handle. Eine Sicherheit gegen solche Möglichkeiten sei weder in der Regierungsvorlage noch in den dazu gestellten Abänderungs-Anträgen gegeben. Zur Vermeidung der in dieser Richtung besorgten Streit schloge er als Zusatz zum § 130 Absatz 2 folgende Declaration als Zusatz vor:

„Eine freie wissenschaftliche Erörterung, oder historische oder künstlerische Behandlung der die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum betreffenden Fragen soll durch vorstehende Bestimmung nicht berührt werden.“

Abg. Dr. Mintelen (Centr.) wendet zunächst gegen diesen Vorschlag ein, daß er zu unbestimmten Begriffen enthalte und dem subjectiven Ermessen der Richter bedenklich weiten Spielraum gewähre. Es sei ein Irrthum, von seinem Antrag anzunehmen, daß er den Unglauben oder dessen Befundung bestrafen wolle; er wolle auch nicht die Gewissensfreiheit und Gewissenshaftigkeit beschränken, vielmehr das christliche Volk davor bewahren, daß es durch die sogenannte Wissenschaft um seinen Glauben betrogen werde. Sein Antrag sei, wie der Abgeordnete Barth richtig bemerkt habe, durch die Regierungsvorlage hervorgerufen und nur dessen logische Consequenz. Durch die Regierungsvorlage werde die den Unglauben verbreitende Thätigkeit der Professoren und schriftstellerischen Mitarbeiter ebenbürtig getroffen, wie durch den Antrag Roon. Redner tritt Aeußerungen aus Berlin Feine's, Alf. Meißner's, Paul Henle's, Bodenstedt's u. A., welche eine Verherrlichung des Atheismus und eine Verhöhnung des Gottesglaubens enthalten. Solche Literatur bringe heutzutage in die weitesten Kreise und habe dort eine sehr gefährliche Wirkung. Er verleihe als Beweis dafür einen an ihn gerichteten Brief eines Journalisten, worin sein Antrag als eine Dummheit bezeichnet wird. Wenn Hebel's Behauptung, daß „Gott sich selbst schützen möge, wenn er mißbraucht würde“, richtig sei, dann brauche man überhaupt keine Strafgesetze. Redner vertheidigt seine frühere Behauptung, daß Familie und Ehe religiösen Charakter tragen. Der Gottesbegriff sei kein unbestimmter, wie Abgeordneter Barth behauptet. Nur die Christen habe dieser Begriff durchaus für Jung und Alt die Behauptung Gottes, die absolute Wahrheit müsse als Consequenz seines Antrages bezeichnet werden. Es handle sich eigentlich darum, das Ansehen dieser Literatur zu vertheidigen. Redner möge solche Leute nicht verurtheilen, vielmehr schenken ihnen als Verdienst der Sentenzen der Menschen am Ende des 19. Jahrhunderts. Davon sei auch er überzeugt, daß durch Strafgesetze der Glaube an Gott nicht gefördert werden könne, das sei auch mit seinem Antrage nicht beabsichtigt; er wolle vielmehr lediglich den Mißbrauch des Glaubens verhindern.

Abg. Bergmann vertheidigt, er sei auch religiös und theile den Glauben an Gott und die Unverletzlichkeit der Seele; er sage dies offen, selbst auf die Gefahr hin, von seinen weiten links stehenden Freunden noch mehr als jemals discredirt zu werden. Der Antrag Ennecerus sei offenbar eine Folge der Strafrecht, in denen die Furcht der gebildeten Kreise zu Tage trete, daß sie vom Gesetz getroffen werden können. Im Antrage Graf Roon möge man doch lieber an Stelle des Wortes „Christenthum“ das Wort „Judenthum“ setzen, denn dieses ist charakteristisch des Landes bezeichnend. Der Antrag Ennecerus sei entschieden abzulehnen. Ohne Zweifel liege die Gefahr vor, daß die freie Meinung erschwert wird. Es sei daher zu wünschen, daß man sie jetzt von der Vorlage nenne und er werde nach Schluß der ersten Sitzung beantragen, nicht erst in die zweite Sitzung einzutreten, sondern die Vorlage an bloc abzulehnen.

Abg. Hebel hält daran fest, daß weltliche Strafen für Gotteslästerung im höchsten Widerspruch stehen mit dem Begriff der Gottheit. Er die Verhandlungen der Commission haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die ungeheure Bedeutung der Vorlage gelenkt, so daß die Kritik sich zu Strafen gegen die Vorlage aufgerafft habe. Abgeordneter Ennecerus erinnerte nur seinem Antrage an das Wort „Christenthum“. „Der Himmel ist mehr Freude über einen Sünden der Menge ihm, als über 99 Gerechte.“ Zwar habe es Dr. Ennecerus noch nicht zu völliger Ruhe gebracht, noch hätte er sich gegen das ganze Gesetz erklären müssen. Aber die nationalliberale Partei sehe ein, daß die Freiheit der Wissenschaft ernstlich gefährdet sei. Noch in der vorigen Sitzung habe Abg. Ennecerus im Sinne des reactionären

Antrages des Grafen Roon gesprochen, jetzt wolle er wenigstens die eigenen Klassen-, Standes- und Gesinnungsgenossen geschützt wissen, aber alle anderen Staatsbürger der ganzen Erde eines Gesetzes überantworten, das doppelt gefährlich sei bei dem Anklagenmonopol der Staatsanwaltschaft. Redner erinnere schließlich noch an die verschiedene Auffassung der Bühnenliteratur. Stücke wie „Charles Tante“ und „Fideles Corps“, welche die schärfste Verhöhnung der Ehe enthalten, seien von höchsten Personen zur Aufführung empfohlen worden.

Abg. Dr. Ennecerus verwahrt sich in persönlicher Bemerkung dagegen, eine Schwärzung gemacht zu haben. Bereits bei der ersten Berathung im Plenum habe Abg. von Bennigsen den Antrag angekündigt, den er (Redner) heute gestellt habe.

Die Fortsetzung der Berathung wurde darauf bis Freitag vertagt.

**Locales.**

Breslau, den 7. März 1895.

\* Die Ritter vom Gelde. Die Statistik ist eine geschwähige Wissenschaft. Was amtliche Weisheit sorglich geheim zu halten sucht, das plaudert sie ganz unbefangen aus und eröffnet Denjenigen, die eine Liebhaberei für trockene Zahlen haben, manchen interessanten Einblick in die privaten Verhältnisse der Menschheit.

Daß es den reichen Leuten schon seit langer Zeit schlecht geht, ist eine Thatsache, die in den Versammlungen der Arbeitgeber, in den Zeitungen der Bourgeoisie und in den sogenannten Volksvertretungskörpern immer und immer wieder gepredigt wird. Aber wie jämmerlich lächerlich es den bedauernswerthen Millionären in Wahrheit geht, das lehrt uns nur die Statistik. Deshalb wollen wir heut einen Gang durch die Monatsberichte des statistischen Amtes der Stadt Breslau machen und uns theilnehmend mit dem Schicksal unserer hochbesteuerten Mitbürger befassen.

Bekanntlich ist am 1. April 1892 die Selbstschätzung in Kraft getreten. Vorher hatten die Behörden die Steuerkraft der Einwohner aus eigenem Genie zu ermitteln, und wenn sich etwa Jemand herausnahm, von Hochmurei zu sprechen, lief er Gefahr wegen Falschmeldung bestraft zu werden. Diese Verhältnisse gegen uns allerdings nicht an, da Breslau nicht in Weiskalen liegt. Hier ist so etwas überhaupt nicht vorgekommen! Seit dem Jahre 1892 muß nun jeder Angehörige der bemittelten Klassen sein Einkommen auf Heller und Pfennig in einer von ihm zu unterschreibenden Steuer-Erklärung declariren. Danach kann es zwar auch jetzt noch passieren, daß Jemand zu niedrig eingeschätzt wird, weil er sein Einkommen zu niedrig angegeben hat, aber wer dies thut, wird, wenn er sich erwischen läßt, mit einer kräftigen Geldstrafe belegt, und darin liegt die Gewähr, daß weigerns ein großer Theil der Steuerklärungen ungefähr der Wahrheit entspricht.

Sehen wir nun zu wie diese Gesetzesänderung auf die Finanzen der biedereren Breslauer eingewirkt hat und wir werden mit Freude erfahren, daß sie ihren vortheilhaft bekannenen ist, ja daß trotz aller Klagen über die schlechten Zeiten in der Nacht vom 31. März zum 1. April 1892 sogar eine große Anzahl Millionäre in Breslau geboren wurden. Nimm man an, daß sich das Capitalvermögen durchschnittlich in jener Zeit mit 4 Prozent vermindert hat, so würde einem Einkommen aus Capital von 40,000 Mark ein jährliches Capital von 1,000,000 Mark entsprechen und einem Einkommen von 120,000 Mark ein Capital von 3,000,000 Mark. Wir wollen der Kürze halber alle Leute die mehr als 40,000 Mark Einkommen verzeichnen haben, als Mark-Millionäre bezeichnen und diejenigen, die mehr als 120,000 Mark Einkommen verzeichnen haben, nennen wir Thaler-Millionäre. Nur etwaß Breslau nach den Steuerbüchern am 31. März 1892 war:

111 Mark-Millionäre und 16 Thaler-Millionäre.

Am 1. April 1892 dagegen nämlich:

205 Mark-Millionäre und 29 Thaler-Millionäre.

Es sind also über Nacht 94 Millionäre hieortig zu Welt gekommen, oder wie böhmische Menschen viel leicht glauben werden, es hat in Breslau 94 Menschen gegeben, die den weltlichen Communitäten in der Vertheilung ihres Einkommens nachgerechrt haben.

Wir wollen uns indes bei so launigen Mark-Millionären nicht weiter aufhalten und den höheren Regionen einen Einblick abwarten.

Es vertheilten sich:

vor dem 1. April	Seit dem 1. April
von mehr als 100,000 M.	31 Pers.
„ „ „ 150,000 „	14 „
„ „ „ 200,000 „	11 „
„ „ „ 250,000 „	7 „

Wohlgemerkt, es handelt sich hier nur um physische Personen, d. h. um Einzelmenschen, nicht um große Verbände, wie Actiengesellschaften, Eisenbahnunternehmungen u. dgl. Man sieht, daß bis zu der Einkommensgrenze von 150,000 Mark die Selbstschätzung in Bezug auf die Zunahme der Reichthümer Wunder gewirkt hat, in den ganz hohen Einkommensstufen ist dagegen nicht bloß kein Steuerpflichtiger hinzugekommen, sondern sogar je eine Person ausgeschieden. Aber deswegen brauchen unsere gefühlvollen Leser keine Thräne zu vergießen. Dieser eine unbekannt Steuerzahler ändert das statistische Ergebniß nicht. Man muß nämlich, um die richtige Werthschätzung zu finden, berücksichtigen, daß die Steuerzahler damals nicht ihr Einkommen für 1892 zu versteuern hatten, sondern den Durchschnitt der beiden Vorjahre. Nun war das Jahr 1891 ein schlechtes Börsenjahr gewesen und Steuerzahler, die mit Gelde handeln, waren berechtigt, den Betrag, den die Werthpapiere in ihren Geldschranken während des Jahres am Börsencourse verloren hatten, vom Einkommen in Abzug zu bringen. In Wahrheit hatten sie aber den Verlust nur auf dem Papier erlitten, und die Course sind seitdem längst wieder höher geworden. Der höchstbesteuerter Breslauer hatte am 31. März 1892 ein Einkommen von 630,000 Mark jährlich, er hatte also täglich nur 1700 Mark zu verzehren. Am 1. April 1892 genoh er eines Einkommens von 897,500 Mark, womit er seinen täglichen Verbrauch immerhin auf 2450 Mark zu bringen vermochte, es ging ihm also schon etwas besser. Dies geschah am 1. April 1892. Seither sind einige Jahre verflossen und wir wollen uns nächstens einmal darnach erkundigen, wie es den verehrten Ritttern vom Gelde wohl in der Zwischenzeit ergangen sein mag.

\* Die „Goldelise“ darf nun doch im Eppmann'schen Panoptikum ausgestellt werden, zum Aerger aller Frommen und Tugendengel, die sich aus eigener Machtvollkommenheit zu Sittenrichtern über ihre Mitmenschen aufwerfen. Bekanntlich erhielt der Besitzer des zur Zeit hier weilenden Panoptikums, Julius Eppmann, wegen Ausstellung einer die ermordete Elise Groß darstellenden Wachsfigur, sowie wegen der hierauf bezüglichen Anzeigen und Placate ein auf 30 Mark lautendes Strafmandat wegen „groben Unfugs“; gleichzeitig wurde die weitere Ausstellung der „Goldelise“ untersagt. Herr Eppmann konnte sich jedoch hiermit nicht einverstanden erklären und beantragte in der Sache richterliche Entscheidung. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht hielt es der Staatsanwalt für angemessen, gegen Eppmann eine Geldstrafe von 50 Mark zu beantragen. Der Angeklagte bestritt sich eines groben Unfugs schuldig gemacht zu haben. Um bei den Behörden nicht anzufragen, zog er an zuständiger Stelle Erkundigungen ein und es sei ihm versichert worden, daß gegen eine derartige Ausstellung nichts einzuwenden sei. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Schreiber, bemerkte u. a., er wisse auch, daß ein Verstoß auf eine Verleumdung wegen der Ausstellung der Groß von der zweiten Abtheilung des Polizeipräsidiums die Antwort erhalten habe, es liege kein Anlaß zum Einschreiten vor, während die erste Abtheilung d. selben Präsidiums anderer Ansicht gewesen sei und den Strafbesehl erlassen habe. Das scheint darauf hinzuweisen, daß eine höhere Stelle eine andere Auffassung in dieser Sache geltend gemacht habe, daß eine andere Abtheilung diese der Antwort der zweiten Abtheilung ganz entgegengelegte Auffassung gehabt habe. Aus allen diesen Gründen beantrage er die Freisprechung. Aber auch objectiv liege kein grober Unfug vor. Niemand sehe einen groben Unfug darin, wenn ein Panoptikum Räuber und Mörder ausstelle; hier sei einfach einmal das Opfer einer Mordthat ausgestellt, und zwar in durchaus decanter Kleidung, und das Geschäft mache es eben erforderlich, daß etwas derartiges durch Anzeigen und Placate dem Publikum mitgetheilt werde. Zum Schluß wies der Verteidiger auf eine bisher noch nicht genügend gewürdigte Bedeutung der Ausstellung hin. Es sei bisher nicht möglich gewesen, die an der Groß verübte That aufzuklären. Der Mörder sei noch immer nicht entdeckt. Es sei nicht undenkbar, daß gerade eine solche Schauausstellung und die Publication einmal zu einem unbedachten Worte, zu einer Redensart führe, die einen Anhalt für die Aufklärung der Sache bieten könne. Man solle sich hierbei an die Bedeutung der Presse erinnern, durch die schon oft schwere Verbrechen ermittelt worden seien. Das ganze Vorgehen des Polizeipräsidiums sei also nicht einmal dem öffentlichen Interesse dienlich gewesen. Das Schöffengericht erachtete zunächst in subjectiver Hinsicht für erwiesen, daß Eppmann sich in keiner Weise bewußt gewesen sei, daß er mit der Ausstellung



und der damit verbundenen Reclame Anstoß erregen könne. In objectiver Hinsicht nahm das Gericht an, daß man zwar die Ausstellung und die Reclame nicht ästhetisch schön zu finden brauche, daß aber auch kein Verletzung des Anstandes und der guten Sitte, und somit kein Anlaß vorliege, die Schauausstellung als groben Unfug zu bezeichnen. Demgemäß wurde der Anschlag freigesprochen und das polizeiliche Verbot der Ausstellung aufgehoben.

\* Stadt-Theater. Donnerstag geht Richard Wagners „Lannhäuser“ in Scene. — Freitag findet die erste Aufführung des preisgekrönten Schauspiel „Ottolie“ von Friedrich Gustav Triefschke statt.

\* Lobe-Theater. Die am Sonnabend stattfindende erste Aufführung der Lustspiel-Revüla: „Aus Berlin W.“ hat Director Witte-Wild Ida Müller zum Benefiz bewilligt, es gelangt gleichzeitig an diesem Abend das beliebte Lustspiel „Salali“ zur Aufführung. Da diese Vorstellung 7 Acte umfaßt, beginnt das Theater ausnahmsweise um 7 Uhr. Der Billet-Vorverkauf zu dieser Benefiz-Vorstellung beginnt Donnerstag.

\* Concordia-Theater. Heute wird „Maria und Magdalena“, von Paul Lindau zum letzten Male gegeben. Morgen gehen „Zehn Mädchen und ein Mann“, Operette von Suppé, und „Die Reise“ von Benediz zum zweiten Male in Scene. Für Sonntag wird das Volksstück „Anna-Lise“ von Hersch einstudiert.

\* Betrug. Ende Februar bezog bei einer Witwe auf der Weidenstraße ein junger Mann, der sich als Talsler Alexander Fischer vorstellte, eine Schlafstelle. Nach einigen Tagen erzählte er der Witwe, daß er eine Stellung gefunden habe, doch müsse er 50 Mark Caution legen, habe aber nur 40 Mark. Da die Frau zu ihrem Untermiether Vertrauen hatte, ließ sie ihm 10 Mk., womit er sich entfernte. Bald kam er wieder und bat abermals um 10 Mk., da er sich verschiedenes anschaffen müsse. Auch diese Summe erhielt er und verschwand dann spurlos. Die Angaben, die er der Witwe gemacht, beruhen sämtlich auf Unwahrheit. Fischer war etwa 25 Jahre alt, schmächtig, hatte blaßes Gesicht, und trug dunklen Anzug und grauen Kaisermantel. Der Witwe hat er einen Koffer mit alten werthlosen Sachen zurückgelassen.

\* Grober Unfug. Am 2. d. Mts., Abends 9 Uhr, wurde auf der Dammstraße die Scheibe eines Feuermelders eingeschlagen, und die Feuerwehr muthwilliger Weise alarmirt. Solchem Unfug, der sich oft wiederholt, sollte das Publikum steuern, indem es auf solche Burschen Acht giebt und sie eventl. zur Anzeige bringt.

\* Unglücksfall. Am 5. d. Mts. zog sich die Frau eines städtischen Buchhalters vor dem Grundstück Gräbchenstraße 79 in Folge eines Fehltritts einen Bruch des linken Knöchelgelenks zu. Die Verunglückte wurde nach ihrer Wohnung in der Neue Tauenzienstraße 9 geschafft.

\* Polizeiliche Nachrichten. Verhaftet am 5. d. Mts. 53 Personen. — Gestohlen wurden: auf der Drebnitzerstraße drei Bretter, auf der Rosenthalerstraße eine Thürklinke. — Abhanden gekommen: eine silberne Damen-Remontoiruhr Nr. 20,216, gezeichnet, eine Photographie, ein Portemonnaie mit 18 Mk. — Gefunden wurden: eine Handtasche, eine George-thal, zwei ledere Halsstücker.

**Verammlung gegen die Umsturzvorlage.** Auch der Verein „Breslauer Dichterschule“ hielt es für seine Pflicht, gegen die Umsturzvorlage seine Stimme zu erheben. Die am Mittwoch Abend im „Café Restaurant“ stattgehabte Versammlung war von zahlreichen Protestlern besucht. Uns geht darüber Bericht zu: Der Vorsitzende des Vereins, Carl Siberfeld, sprach einige einleitende Worte: Als das ziemlich mißgestaltete Kind — die Umsturzvorlage — das Licht der Welt erblickte, seien die journalistischen Kreise in eine gewisse Aufregung gerathen. Die Herren hätten sich von dem drohenden Gesetz nichts Gutes versprochen. Habe doch schon wenige Monate vorher der berühmte Gummischlandt-prozeß gezeigt, was in Deutschland den Journalisten gegenüber möglich sei, und um bei der Branche zu bleiben, wolle man ihre Thätigkeit durch eine neue Reihe von gesetzlichen Bestimmungen beschränken. Nachdem der Redner über die Beweggründe gesprochen hatte, die den Verein zu einer solchen Kundgebung veranlaßt hatten, wies er auf die letzten Reden des Ministers Köller hin und meinte, wenn noch ein Zweifel darüber geherrscht habe, welche schwere Gefahr der Schriftstellerei und Journalistik drohe, so müsse dieser Zweifel durch die Minister gehoben worden sein. — Der Hauptredner des Abends, Rechtsanwalt Amter, hielt dann einen sehr heftig ausgefallenen Vortrag. Er warf einen Nachblick auf die Geschichte und schilderte eingehend, in welcher Weise in allen Zeiten und Ländern gegen „Umstürzungen“ gekämpft worden sei. Einer der bekanntesten Umstürzler war Sokrates; er hat die Jugend verführt. Er mußte den Giftbecher trinken, weil seine Ansichten über Geschichte und Philosophie nicht mit den herrschenden Ansichten im Einklang standen. Ein hervorragendes Beispiel für unser Volk!!! Heute wisse jedes Kind, daß Sokrates recht hat.

anderes, als eine Etappe auf dem Wege der geistigen Entwicklung. In Rom enthielten die zwölf Tafeln eine Bestimmung, laut welcher ein Mensch, der ein Schmachgedicht schrieb, als Capitalverbrecher angesehen und zum Tode verurtheilt wurde. Unter Justinian herrschte ein Gesetz, das demjenigen ähnlich ist, welches der Abgeordnete Mintelen zu Stande bringen wollte: Wer nicht an Gott glaubte oder Gott lästerte, wurde hingerichtet. Im Mittelalter prägte die Staatskunst ihren Scharfsinn in der Ausprägung und Ausrottung von Regern und Heren. Ein Umsturzgesetz waren die berühmten Karlsbader Beschlüsse. Auch der spätere Bundesrath hat in der Unterdrückung des Gedankens Außerordentliches geleistet. Die Gefängnisse waren überfüllt mit Dichtern und Denkern, und man sang damals: „Wer die Wahrheit liebt und sagt sie frei, der kommt nach Berlin auf die Hausvogtei“ — ein Satz, der auch heute wieder Geltung gewinnen kann. All dieser Unfug ist durch die Revolution von 1848 weggefegt worden (?) Gleichwohl hat die Regierung wiederholt versucht, den Geist zu knechten, die Presse zu knebeln und den freien Gedanken zu unterdrücken. Der Redner erinnerte an die sogenannten Preßordnungen vom Jahre 1863 und erzählte, wie der preussische Landtag, sobald er zusammentrat, dieses „Nothgesetz“ als ungültig erklärte. Er erzählte, wie bei Einführung des Reichsstrafgesetzbuches die Regierung versucht habe, den § 130, um den sich's auch bei der jetzigen Vorlage handelt, dahin abzuändern, daß die Institute: Monarchie, Religion, Ehe und Eigenthum einen besonderen Schutz erfahren. Damals trat der Staatsanwalt Schwarze auf und wies das Anjinnen der Regierung, die freie Meinungsäußerung zu verhindern, energisch zurück. Die große Majorität des Reichstages sagte sich damals, wenn der Antrag der Regierung Gesetz würde, so wäre es mit der Freiheit des literarischen Schaffens vorbei. Jetzt wird dieser brutale Angriff auf die Denkfreiheit wiederholt. Es sei kein Zufall, daß alle unsere classischen Dichter unter den § 111a der neuen Vorlage fallen würden. Im Wesen des Dramas liege etwas Umstürzlerisches. Es wird sich beim Drama in den meisten Fällen um einen Conflict mit der herrschenden Staats- oder Gesellschaftsordnung handeln. Redner wies nach, daß die Schillerschen Dramen sammt und sonders unter das Umsturzgesetz fallen würden. Unter dem neuen Gesetz werde es unmöglich sein, Dramen im Sinne Schillers zu schreiben. Stücke, wie „Halla!“ und „Charley's Tante“ werden allerdings unangefochten bleiben. Redner erzählte die Geschichte von jenem Omar, der eine außerordentlich werthvolle Bibliothek verbrennen ließ und dabei sagte: Wenn nichts anderes darin steht, als im Koran, so kann sie verbrannt werden, und wenn etwas anderes darin steht, so kann sie erst recht verbrannt werden. Redner kritisirte sehr eingehend die vorgeschlagenen Aenderungen des Strafgesetzbuches und führte zum Schluß noch Folgendes aus: Man frage sich, wie sei es möglich, daß in Deutschland, welches man das Reich der Dichter und Denker nenne, eine solche Gesetzesvorlage eingebracht werden könne? Er glaube, es komme daher, daß in Deutschland die gebildeten Kreise keineswegs den Einfluß auf die Politik ausüben, der ihnen zukommt. (?) Deutschland werde von Bureaucraten regiert und von Parteien, die lediglich ihre Sonderinteressen verfolgen. Wir haben den großen Kulturkampf erlebt, haben gesehen, wie die Geistlichen und Befenner des katholischen Glaubens verfolgt und eingesperrt wurden, wir haben unter der Herrschaft des Socialisten-Gesetzes gesehen wie es den Führern der Arbeiterkassen ebenso erging, wir haben erlebt wie die Vertreter der freisinnigen Partei zahllose Anklagen wegen Bismarckbeleidigung erhielten. Das gebildete Deutschland hat müßig zugehört und nicht seine Stimme gegen diese Verfolgungen erhoben, jetzt plötzlich sehen wir, daß die ganze Geistes-Aristokratie Protest erhebt gegen das drohende Gesetz: wir sehen, wie der hochconservative Professor Wagner Hand in Hand geht mit den Vertretern der linksstehenden Parteien. Und wenn nun Wandel geschaffen wird, wenn das gebildete Deutschland sich endlich ermannt, die Geistesfreiheit zu schützen so wird man von der Vorlage sagen können: Man hat das Böse gewollt und das Gute geschaffen. — Die Versammlung sollte dem Redner lebhaften Beifall und nahm einstimmig folgende Resolution an:

In Erwägung daß in erster Reihe der Dichter dazu berufen ist, die Ideen und Kämpfe seiner Zeit genau in seinen Werken wiederzubilden, daß ferner die Behandlung eines dichterischen Stoffes nicht an die wandelbaren Formeln der gerade herrschenden Anschauungen gebunden ist, daß endlich jede neue gesetzliche Beschränkung der literarischen Thätigkeit, ja schon die bloße Scheu vor einem möglichen Verstoß lähmend und hemmend auf den Poeten und Schriftsteller wirken muß, erklärt die heut auf Anregung des Vereins Breslauer Dichterschule im Saale des „Café Restaurant“ erschienene Versammlung, die Bestimmungen der sogenannten Umsturzvorlage, sowie sie die literarische Wirksamkeit berühren, insbesondere den § 130 für unvereinbar mit der Würde und der Freiheit des dichterischen Schaffens, ohne welche eine gesunde und fruchtbringende Fortentwicklung der nationalen Literatur unmöglich erscheint. — Der Eifer der Herren Dichter ist ja recht lobenswerth, aber wir können uns doch nicht die neugierige Frage verlagern, ob sich wohl ein solcher Eifer auch zeigen würde, wenn es sich um ein anders geartetes Umsturzgesetz, ein solches, das ausschließlich und sicher nur die Socialdemokratie trafe, handeln würde? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer.

**Neueste Nachrichten.**  
— Berlin, 6. März. Der Staatsrath wird nach dem „Hann. Cour.“ am 14. März vom Kaiser persönlich mit einer Rede eröffnet werden. Der Kaiser hat auch die Absicht geäußert, an den bevorstehenden Verhandlungen der engeren Versammlung des Staatsraths so oft als möglich selbst theilzunehmen.  
— Die Stellung des Kriegeministers gilt als erschüttert. Als Nachfolger wird General Wittich genannt. Als Grund gilt die Angelegenheit der Comman-

in Altona und der Militärstrafprozeßordnung. Nach anderen Mittheilungen ist der hierher berufene Commandeur des 11. Armecorps von Wittich ausersehen, an Stelle des Generals der Infanterie von Gahnke an die Spitze des Militärcabinetts zu treten.

— Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages trat heut wieder unter dem Vorsitz des Herrn v. Plöb zusammen: Es waren 30 Herren erschienen. Die für die Margarinefrage eingesetzte Subcommission schlägt vor, für Margarine die Herstellung in Sonigfarbe gesetzlich einzuführen. Es sollen über diesen Beschluß noch Gutachten von Chemikern eingeholt werden.

— Das Kriegsgericht in der Angelegenheit Roge soll nach der „Kreuzzeitung“ noch in dieser Woche zusammentreten. Der Beginn der Verhandlungen ist auf diesen Donnerstag angesetzt und der Garnisonauditeur in Spandau, Justizrath Hundt, mit der Führung des Processes beauftragt worden.

— Zum Jesuitenantrag theilt die „Post“ gegenüber anderweitigen Meldungen mit, daß sich das preussische Staatsministerium mit dem Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes bisher nicht befaßt habe.

— Der deutsche Landwirtschaftsrath nahm mit 36 gegen 32 Stimmen den Antrag auf Empfehlung d. s. Antrages Ranig unter der Voraussetzung der Vereinbarkeit desselben mit den Handelsverträgen an.

— In der Generalversammlung des Vereins Berliner Künstler wurde der Antrag auf Absendung einer Petition gegen die Umsturzvorlage abgelehnt als nicht in den Rahmen des Vereins gehörig. Ferner wurden die Wahlen für die Jury und die Hängecommission der nächsten Ausstellung vorgenommen.

— Die Versuchsbühne des Herrn Dr. Wille kündigt für nächsten Sonntag die letzte Mal verbotene Aufführung des Schauspiel „Christnacht“ an. Das erste Verbot erfolgte laut amtlicher Kundgabe wegen Befürchtung, daß auch Nichtmitglieder die Vorstellung besuchen würden.

— Stuttgart, 6. März. Die Kammer nahm mit 63 gegen 18 Stimmen den Absatz 4 des Adress-Entwurfes an, in welchem eine Verfassungsreform unter Aufhebung des Vorrechts der Geburt und des Amtes gefordert wird.

— Wien, 6. März. Außer der Beilegung des bekannten Zollstreites mit Oesterreich soll der bulgarische Minister Stoilow während seines hiesigen Aufenthaltes bezwecken, mit dem neuen russischen Minister Lobanoff eine Ausöhnung zwischen Rußland und Bulgarien anzubahnen. Stoilow besitzt hierfür die weitgehendsten Vollmachten. Fürst Ferdinand fürchtet sich vor seinem Volke und duckt sich, um Rückhalt zu gewinnen vor Rußland.

— Rom, 6. März. Die zu Königs Geburtstag vorbereitete Amnestie wird beschränkt bleiben auf diejenigen, die wegen Delicte gegen die Staatsicherheit zu nicht mehr als fünf Jahren verurtheilt sind. Die Strafen der übrigen sollen entsprechend verkürzt werden.

— Giolitti, der sich nach Savour begeben hat, hat gestern, den 5., noch erklärt, daß ihm die Documente nicht von den angeschuldigten Beamten zugestellt wurden. Die Quittung, durch die der Schatzdirector Toni bescheinigte, 60,000 Lire von Tanlongo für die Wahlen erhalten zu haben, habe einer der damaligen Minister ihm übergeben, der sie gleichfalls nicht von Polizeibeamten hatte. — Dem „Diritto“ zu Folge verwarf die Anklagekammer Giolittis Competenz einwand. Giolitti legte Berufung beim Cassationshofe ein.

— Belgrad, 6. März. In Folge einer thätlichen Mißhandlung des orthodoxen Metropolitens durch einen türkischen Beamten, richteten sämtliche christlichen Gemeinden Protesttelegramme an den Sultan und den russischen Botschafter Nelioff. — Letzteres ist bemerkenswerth. Steht etwa Rußland hinter der Protestdemonstration?

— Madrid, 6. März. Kammer. Der Colonialminister legte einen Gesetzentwurf vor, welcher einen unbeschränkten Credit für Cuba fordert.

**Bermischtes.**

Die S'gerettendose Man schreibt der Wiener Allgemeinen Zeitung aus Warschau: In einem hiesigen Club regte seit einiger Zeit ein Herr B. durch sein ungewöhnliches Spiel im Kartenspiel allgemeines Aufsehen. Alles war erstaunt und verwundert. Sollte er vielleicht seinem Glück selbst ein bißchen nachhelfen, so ein ganz klein wenig corrigere fortuna? Unmöglich! Wer den Mann kannte, wies einen solchen Verdacht entkräftet zurück. Das war ein vollendeter Gentleman, kein Zweifel. Durch seine lebenswürdigen Umgangsformen hatte er alle Herzen gewonnen; die Leute mochten sich förmlich ein Vergnügen daraus, ihr Geld an ihn zu verlieren. Uebrigens war der Mann ein Sonderling. So schleppte er zum Beispiel überall eine Hiesigen-Wigarettendose mit sich herum, die beinahe 60 bis 70 Cigaretten faßt. Auch beim Spiel trennte er sich



von diesem Monstrum nicht. Da stellte er es vor sich auf den Tisch und offerierte von Zeit zu Zeit in ausgiebiger Weise den Mitspielenden aus dem Inhalt der Dose. Und mittlerweile häuften sich vor ihm die glänzenden Goldfische und die knisternden Rubelscheine. Niemand ahnte, welche bedeutende Rolle dieser großen Dose von dem lebenswürdigen Herrn zugewiesen war. Endlich aber klärte sich Alles auf, das richtige Glück im Spiel, sowie die Bedeutung und der Zweck der Cigaretten-Dose. Die Sache verhielt sich nämlich so: Wenn Herr B. beim Baccarat die Bank hielt, gab er die Karten in der Weise aus, daß er sie über der spiegelglatten und glänzenden Cigaretten-Dose, die hier also die Stelle eines Spiegels vertrat, austheilte; auf der Dose erschien nun das Bild der Karte, und der ehrenwerte Herr B. wußte nun ganz genau, welche Karten seine Partner bekommen hatten. Dieses Kunststückchen gelang ihm lange Zeit hindurch und Herr B. gewann große Summen. Eines Tages, als der lebenswürdige Mann gerade Bank hielt, sah ein neben ihm sitzender Herr, wie über dem glatten Rücken der Dose das Herzok hinwegtanzt und gleich darauf der Treffhub. Da ging den Herren erst ein Licht auf, und plötzlich fanden sie nichts Wunderbares mehr an dem fabelhaften Glück des Herrn B. Was nun weiter geschah? Was in solchen Fällen in Clubs gewöhnlich zu geschehen pflegt. Die Dose war aber aus dem Club verschwunden. Herr B. hat sie wahrscheinlich mitgenommen: er braucht sie vielleicht noch.

**Eine Rettung aus Lebensgefahr** durch einen Kanarienvogel gehört gewiß nicht zu den alltäglichen Vorkommnissen. Ueber einen solchen seltenen Fall wird der „Königsberger Allg. Zeitung“ aus Pillau folgendes berichtet: Herr S. hat einen Kanarienvogel, der sehr zahm ist, auf einen Pfiff seines Herrn den Käfig verläßt, sich auf seinen Schreibtisch setzt und neugierig dem amüßigen Schreiben zusieht, den Zucker aus dem Munde mit seinem Schnäbelchen pickt und dann lieblosend und dankend sein Köpfchen an den Wangen des gütigen Sponsors reibt, kurz der beste Freund seines Herrn ist. Nun hatte Herr S. die Gewohnheit, Abends,

wenn er sich zu Bette legte, noch zu rauchen. Eines Abends aber schlief er dabei unversehens ein. Nicht lange konnte er indes geschlafen haben, als ihn ein Picken an seinen Lippen weckte. Aus seinem Schummer aufwachend, fand er die Stube voller Rauch und bemerkte dann auch ein auf der Decke sich ausbreitendes Glimmen. Die brennende Cigarre war seiner Hand entfallen, auf der Decke liegen geblieben und hatte das Oberbett entzündet. Sein kleiner Freund, der ängstlich im Zimmer hin- und herlatterte, hatte ihn aus schwerer Gefahr gerettet.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 6. März.

**Heirats-Ankündigungen.** I. Gasthofbesitzer Rudolf Freijner, ev., Hundsfeld, und Martha Hentschel, ev., Kirchstraße 12. — Schneidermeister Carl Krzyzanowski, kathol., Basteigasse 1, und Clara Sehl, ev., ebenda. — Haushälter Berthold Stephan, kath., Friedrich-Wilhelmstr. 1, und Auguste Sille, kathol., Kupferstraße 25. — II. Etatsm. Brenner Josef Sand, kath., Bobrauerstr. 3a, und Jozefa Kuppinski, kath., Feldstraße 16. — Herrschaftlicher Diener Wilhelm Haupt, ev., Gartenstraße 9, und Pauline Bittner, ev., Silberdorf, Kreis Falkenberg T.-S. — Ziellmacher und Wagenbauer Paul Kiedel, evang., Nieder-Schönfeld, Kreis Bunzlau, und Helene Fannhauser, ev., Kaiser Wilhelmstr. 115. — Brauer-Arbeiter August Nagel, ev., Gräblichenerstr. 111, und Pauline Werner, ev., hier. — Kaiser Paul Kalusche, ev., Kronprinzstraße 33, und Auguste Niemand, ev., hier. — III. Volksschullehrer Arthur Gebauer, ev., Hammer-Sulau, und Emma Südt, ev., Blücherstr. 25.

**Eheschließungen.** I. Revierförster Adolf Kiedel, ev., Jäglhof, mit Hermantine Jemien, ev., hier. — Möbelpacker Wilhelm Giesel, evang., mit Ida Weiß, kathol., hier. — II. Maschinenbeizer Johannes Vanger, kathol., mit Ida Zimmermann, kath., hier. — Kesselmied Adolf Krause, ev., mit Anna Marichall, ev., hier.

**Geburten.** I. Arbeiter Carl Meul, ev., T. — Dreher Johann Schüde, kath., T. — Haushälter Augustmann, ev., T. — Bodenmeister Gottfried Freudenreich, T. — Tapezierer Carl Wohlfarth, ev., S. — Schlosser Bischnier, ev., S. — Schneider Franz Gluber, kath., Feilenhauer Wilhelm Hantke, evang., T. — U. Gymb. Alexander Fischel, jüd., S. — Schuhmacher Carl Manze, T. — Klempnermeister Paul Wolfsdorf, ev., S. —macher Paul Jorgel, kathol., T. — Butterhändler M. Figner, ev., S.

**Todesfälle.** I. Otto, S. des Schneiders W. Vogt, 9 T. — Margarethe, T. des Kohndieners Carl 10 Mon. — Schneidermeister Friedrich Moritz, 66 Jahr. Nähterin Marie Staffetius, 34 J. — Droschkenführer Rosina Hüls, geb. Niebig, 68 J. — Erna, T. des Bremfers Christian Nitsch, 8 W. — Elisabeth, T. des Arbeiters August Nitsch, 9 Mon. — Sattlerfrau Carolina Kucharzka, geborene Welz, 84 J. — Rechtsanwalts-Wilhelmine Klotzsch, geb. Willnich, 81 J. — Böttchermittwee Caroline Fischer, geb. Schwarz, 87 J. — Elisabeth, T. des Gelbgießers Wilhelm Weinberg, 11 W. — Carl Adolf Dietrich, 18 J. — Wagenbaumeistersfrau Emilie geb. Weis, 66 J. — Munosengasse Ernst Vanger, 74 J. — Gertrud, T. des Tapezierers Theodor Neugebauer, — Kaufmann Carl Sinnick, 64 Jahre. — Gertrud, T. Malers Josef Puste, 12 T. — Martin, S. des Kaufm. Theodor Gähmann, 1 J. — Hospital-Inspektorin Frau Tief, geb. Tröster, 59 J. — Kaufmann Otto Gosath, — Fuhrwerksbesitzer Friedrich Kroll, 28 J. — III. Fleischer Gesele Adolf Stolik, 54 Jahre. — Fleischermeister-W. Apollonia Peterwitz, geb. Ogaza, 62 J. — Gepäckträger Sandmann, 78 J. — Pauline, T. des Maurers Carl D. 2 W. — Handschuhnähterin Clara Walter, 26 J. — Margarethe, T. des Arbeiters Paul Nulle, 19 T. — Malermeister Louise Wochmann, geborene Tietzen, 82 J. — Wittent August Slowig, 33 Jahre. — Schneidermittwee Anforge, geborene Pontschka, 56 J. — Arbeitermittwee Winkler, geb. Ron, 56 J.

### Stadt-Theater.

Donnerstag:  
„Zanahäner.“  
Freitag:  
„Emilie.“

### Lobe-Theater.

Donnerstag:  
„Die stille Wache.“  
„Fernand's Ehecontract.“  
Freitag:  
Dieiße Vorstellung.  
Sonabend:  
Doppel-Vorstellung.  
Anfang präcise 7 Uhr.  
Zum 1. Male:  
Aus Berlin W.  
„Salali.“

### Victoria-Theater

(Simmann-Garten.)

Täglich:

Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

### Eppmann's weltberühmtes Panoptikum

Ohlauerstraße 64.

Neu! Socken auskommen: Neu!  
Das Colossal-Gemälde von dem krieglichen Unglück beim Austritt des „Elber“ ist von heute ab angeheftet. Außerdem der einzig existierende Miniaturnachbild Dobos Janos.  
Außerdem in der Serbischer-Gallerie August Scheffler, Alois Thiem u. a. m.  
Eintritt 50 Pf.  
Sonderbillets gültig. 3522  
Nur noch kurze Zeit.  
Dobos Janos nur noch bis Sonntag zu sehen.

### Neue Heringe

Ring 46, im Hofe. 3417

### Polster-Werg,

Koffhaare, Haare, Zerkleiner, Alpen-gras, Stroh, Federn, Möbelschmuck, Gurt, Bindfäden, Emaline, Seile, Röhrlinien, Pinselwaren, Besen, Lappchen empfiehlt billigst 3569

### Jul. Moritz, Sellen-

meister. 44, Kupferschmiede-Str. 44.

### Der Süddeutsche Postillon

Nr. 5,

konstit. satzungsb. Blatt.  
Preis 18 Pfennig.  
zu beziehen durch alle Colporteurs

### Soziald. Arbeiter-Verein Breslau-Land (Neumarkt)

Die sämmtlichen Mitglieder werden aufgefordert, die reinrenden Beiträge an Kassier Reuil, Pöpelwitz, Chaussee 53 abzuliefern. widrigenfalls sie gestrichen werden.  
Der Vorstand.



## CIRCUS RENZ.

Breslau, Louisenplatz.

Sonnabend, den 9. März 1895, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gröffnungs-Gala-Vorstellung**  
Festlicher Aufzug  
des gesammten Personals.

„Blondel“, ständes. Sang (Original-Dressur). Darauf **Monstre-Tableau** von 60 der besten Arbeitspferde, dirigiert und vorgeführt vom Director Fr. Renz. — „El Bolero“, geritten von 8 Damen und 8 Herren im Original-französischen Pracht-Gesamten mit 12 Schulpferden, angeführt vom Director Fr. Renz. Zum Schluss der Quadrille: Die Streicher „Alep“ und „Zolon“, geritten von den Damen **frl. Wally Renz und Frau Renz-Stark.** — **Concurrent-Spring-Schule**, geritten von den Damen **frl. Wally Renz und Frau Renz-Stark** mit dem englisch. Vollblut-Springpferden **„Parthenia“** und **„Paris“.** — Auftritten von Kunsttalentitäten allerersten Ranges, u. A. **Charistische Spiele** der weltberühmten **Bohain-Extryp.** — **Mr. A. Clark** (Kodak). — **Mr. Frankoni** (Barfische Reiten). — **frl. Amalie und Mathilde Renz** (Mittelmännchen). — **Doppel-Vollgig à la Richard**, angeführt von den Herren **Gustav u. Jean.** — **Gebr. Villard** (spanische Glomane). — **Mr. Lavater Lee**, der weltberühmte „Zugak“.

**Guldigungs-Gras an Breslau**, großes Parade-Schauspiel mit schauspieler. Solo- u. Ensemble-Tänzen, Gruppierungen für Breslau aus und praktisch insceniirt vom Director Fr. Renz, angeführt u. gesammten Herren-Parasol mit mehr denn 100 Damen des **Corps de ballet.**

Einlaß 6 1/2 Uhr. Anfang präcise 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Logen 4 Mk., Parquet 2,50 Mk., 1. Rang 2,00 Mk., 2. Rang 1,50 Mk., 3. Rang 1,00 Mk., 4. Rang 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren in Begleitung Erwachsener zahlen mit Eltern-Sitzung 1 und 2. Rang die Hälfte, mit allen übrigen Klagen der selben Preis. **Festlich-Schönung** im Circus. Vormittags von 11 bis 2 Uhr und Nachmittags ununterbrochen von 5 Uhr ab. Die Billets gelten nur für die Vorstellung, für welche sie gelöst sind.

Sonntag, den 10. März 1895, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Festvorstellung. Guldigungsgras an Breslau.**

Fr. Renz.

Einzig. Commisshaus und Theater.



### Paul Quitt, Schuhmacherstr.

Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3491a  
Sonderpreis manigfarbige Lager selbstgefertiger, besetzter

### Schuhwaaren

für Herren, Damen und Kinder.  
Korn-Gaulecher 7. 150 Mk. Hans-Gaulecher 6 Mk. Mischen-Gaulecher 7. 150 Mk. Linder-Gaulecher gefärbt 7. 60 Pf. 22.



### Gesangs-Abtheilung

des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend

Jeden Freitag von 8—11 Uhr:

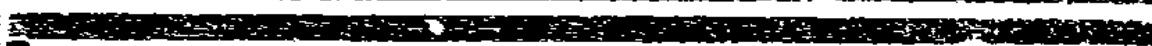
### Übungsstunde

im Vereins-Lokal (Neumarkt Nr. 8).

Pünktliches Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Beiträge zum Verein werden entgegen genommen

Der Obmann.



Mit dem Ausstoß unseres hochfeinen, süßen

### Pilsener Bieres

haben wir begonnen. 2460

Gleichzeitig empfehlen wir unsere aus feinstem Hopfen und Malz eingebrauten

hellen und dunklen Lagerbiere.

Brauerei Wünsche & Co.  
Grüneiche-Breslau.



### Das Bernhard Freund'sche

### Concurswaarenlager

wird täglich von Vormittag 9—12 Uhr und Nachmittags 3—6 Uhr  
Carlstraße 26, im Hofe 1 Treppe

ausverkauft. Das Lager besteht aus:  
Kleiderstoffen, Leinen, Baumwollwaaren, Tisch-  
zeugen, Gardinen und Möbelstoffen.

Großes Lager

Bäckerconfection, Arbeiter-Hemden, Blousen und  
Schürzen. 3570

Für Händler aussergewöhnlich vorthellhafte Parthien.



### Wer billig, gut und reell Kleider-Stoffe

vom einfachsten bis zum feinsten Geare, wie auch fertige

### Confirmations-Kleider

kaufen will, wende sich vertrauensvoll an die

### Damen-Mantel- u. Costum-Fabrik

### S. Leuchtag,

Breslau, Schmiedebrücke 55, Ecke Kupferschmiede-Str.